

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Jähren.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rüststraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgespaltene Kolonelleile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark,
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **580 000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Das 50jährige Jubiläum von Lassalles „Offenem Antwortschreiben“.

Am 1. März 1863 vollendete in Berlin Ferdinand Lassalle sein berühmtes „Offenes Antwortschreiben“, so daß nun heute die deutsche Arbeiterschaft dessen fünfzigjähriges Jubiläum feiern kann.

Abgegeben vom Revolutionsjahr 1848, das die erste Arbeiterbewegung mit Organisationen und Presse auf den Plan brachte, von der bald eingetretene Reaktion aber wieder verschlungen wurden, hatte anfangs der sechziger Jahre eine neue Arbeiterbewegung eingesetzt, die bald ihre Sturm- und Drangperiode erlebte und mit dem Offenen Antwortschreiben einen vorläufigen Abschluß im Sinne der Klärung der Situation, der Auffstellung bestimmter Ziele erfuhr.

In bürgerlichen, von dem liberalen Nationalverein gegründeten und geförderten Arbeiterbildungsvereinen oder auch Handwerkervereinen, in denen Kleinmeister, Fabrikanten, Gelehrte etc. sich zusammengeschlossen hatten und die in der Hauptsache auch Mitglieder der Fortschrittspartei waren, fanden auch geistig gewedete und strebsame Arbeiter, wie Bebel, Wahleisch, Frickische und viele andere Anschluß und Befriedigung ihres nach Vereintigung und Zusammenfassung mit anderen lebhaft empfundenen Bedürfnisses. Sie fanden hier zum Teil, was sie suchten, Bildung und Belehrung, geistige Fortbildung und Betätigung, aber nicht, was sich bald herausstellte, Befriedigung ihrer besonderen Arbeiter- und Klasseninteressen, so daß es zu Reibungen und Spaltungen und schließlich auch zur Gründung einer eigenen und besonderen Arbeiterbewegung kam.

Es ist interessant, daß der kräftigste Anstoß dazu zwar nicht von Ausländern kam, die nach Heinrich Heine meißten den „Geist der Rebellion“ säen, wohl aber vom Ausland durch Infiltration deutscher Arbeiter mit fremden Anschauungen und Bestrebungen. Im Jahre 1862 fand in London eine Weltausstellung statt, zu der die liberalfortschrittlichen Gönner der Arbeiterschaft auch einige Proletarier entsandt hatten, wozu die reiche Bourgeoisie aber auch erst die paar Hundert Taler durch eine Bettelei in Gestalt öffentlicher Sammlungen aufgebracht hatte. „Wie üblich“, sagt Mehring in seiner Geschichte der deutschen Sozialdemokratie dazu, „nahm sie dabei den Mund sehr voll als Wohltäterin der Arbeiterklasse, obgleich es ihr im besten Falle nur um die bessere technische Ausbildung ihrer lebendigen Arbeitswerkzeuge zu tun war.“ Aber die entfalteten Arbeiter lernten in London manches mehr, als sie lernen sollten. Von einzelnen, wie dem Tischler Theodor Vorst aus Garburg, wird ausdrücklich berichtet, daß sie in den kommunistischen Arbeiterbildungsvereinen garieten und hier mit Anschauungen vertraut wurden, die ihnen nach der Ansicht ihrer bürgerlichen Gönner ewig fremd bleiben sollten. Jedenfalls wurde gleich in der ersten Versammlung, in der die Berliner Delegierten am 25. August den Bericht über ihre Londoner Erfahrungen abstufelten, der Beschluß gefaßt, einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongress einzuberufen, Hauptreferent in dieser Versammlung war der Maschinenbauer Eichler. Die Agitation nahm schnell einen für die damalige Zeit großen Umfang an. Nachdem in den verschiedenen Stadtteilen Berlins besondere Versammlungen abgehalten worden waren, wurde am 7. Oktober in einer Schlußversammlung ein Komitee von 25 Personen niedergesetzt, das die Einberufung des Arbeiterkongresses vorbereiten sollte, und dies von Eichler geleitete Komitee veröffentlichte am 22. Oktober einen Aufruf, der die Eröffnung des Kongresses auf den 13. November festsetzte.

Zu gleicher Zeit wurde auch von den Arbeitern in Leipzig auf die Einberufung eines Arbeiterkongresses hingearbeitet. Dem betreffenden Komitee gehörten unter anderen Bebel, Wahleisch, Frickische, der Privatgelehrte (Schemler) Otto Dammer, Professor Rohmähler als Mitglieder an. Beide Komitees traten nun miteinander wegen der Einberufung des geplanten Arbeiterkongresses in Verbindung, wobei Eichler nach Leipzig kam und eine Delegation des Leipziger Komitees nach Berlin ging. Eichler machte sich bei seiner Anwesenheit in Leipzig verächtlich durch die Andeutung, daß der an die Spitze der preussischen Regierung getretene Bismarck geneigt sei, zur Gründung einer Produktivgenossenschaft bedeutende Geldmittel herzugeben, sobald die Arbeiter der Fortschrittspartei den Rücken lehnen würden. Da auch in Berlin seine Haltung Mißtrauen erweckte, verschwand er bald in der Versenkung.

Ende Oktober schon veröffentlichte das Berliner Komitee in der Berliner Volkszeitung einen Aufruf an die deutschen Arbeiter zur Beschickung eines vom 18. bis 25. November abzuhaltenden Kongresses mit folgender Tagesordnung: 1. Die Einführung der Gewerbefreiheit. 2. Die Einführung der Freizügigkeit. 3. Die Beratung und Feststellung von Grundstatuten für Assoziationen (Genossenschaften) und für Invalidentassen für alle Arbeiter. 4. Die Arrangierung einer Welt-Industrieausstellung zu Berlin in den nächsten Jahren. 5. Gewerbliche Mitteilungen der auf der Londoner Ausstellung gewesenen Arbeiter.

Die ersten beiden Punkte der Tagesordnung waren geradezu provoziert durch einen anfangs September 1862 in Weimar abgehaltenen zünftlerisch-reaktionären Handwerkerkongress, der die ohnehin noch wenig entwickelten politischen Verhältnisse ins Mittelalter zurückzuführen, also wieder zuungunsten der Arbeiter verschleppern wollte und wegen Stellung genommen werden sollte.

In einer am 2. November in Berlin abgehaltenen Versammlung, der auch Wahleisch und Frickische von Leipzig betwohnten, wurde auf deren Vorschlag hin beschlossen, den Arbeiterkongress auf Ende Januar 1863 zu verschieben, da die Zeit zu seiner Vorbereitung für den ursprünglich in Aussicht genommenen Termin zu kurz sei und ferner, den Kongress in Leipzig und nicht in Berlin abzuhalten. Damit waren auch die Fortschrittler einverstanden, und zwar um so mehr, als ihnen Wahleisch die Versicherung gegeben hatte, daß die Leipziger für ein Zusammengehen mit der Fortschrittspartei seien, um sie zu zwingen, die Interessen der Arbeiter zu den ihrigen zu machen. Dadurch wurde auch die Befürchtung der Fortschrittler, daß die neue Arbeiterbewegung nur eine gegen sie gerichtete Wache der Reaktion sei, zerstreut. Schließlich wurde auch die Einberufung des Kongresses den Leipziguern übertragen.

Das recht gute Verhältnis zwischen den Arbeitern und den Fortschrittlichen wurde durch den Massencharakter der Fortschrittspartei selbst zerstört. Ihr Nationalverein lehnte es ab, Arbeiter als Mitglieder aufzunehmen und schickte sie mit der für politische Kinder gedrehten Phrase heim, sie sollten sich damit begnügen, „Ehrenmitglieder“ des Vereins zu sein. Ebenso lehnte es die Partei selbst gegenüber der nach Berlin gekommenen Leipziger Delegation ab, das allgemeine und direkte Wahlrecht in ihr Programm aufzunehmen.

Aus der Einberufung des Arbeiterkongresses auf Ende Januar 1863 war ebenfalls nichts geworden, da sich die Leipziger überzeugt hatten, daß auch dieser Termin noch verfrüht ist. Dagegen wurde die Leipziger Delegation, die von den Fortschrittshauptern in Berlin so mißachtend abgewiesen worden war, durch den Fortschrittler Ludwig Löwe, den Gründer der Maschinenfabrik von Adwe & Cie. in Berlin, mit Lassalle bekannt gemacht, und da gab es nun sofort auf beiden Seiten das gewünschte Verständnis.

Julius Wahleisch erzählt in mehreren Schriften, wie es damals mit der politischen Schulung der deutschen Arbeiter stand. In der im Jahre 1903 von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Leipzigs herausgegebenen Festschrift zur Erinnerung an die vor 40 Jahren erfolgte Gründung der deutschen Sozialdemokratie sagt Wahleisch, daß die Massen, soweit sie überhaupt für etwas zu haben waren, der liberalen Bourgeoisie folgten, deren Führer zum Teil Märtyrer von 1848 und Kämpfer gegen die reaktionären Regierungen waren. Dazu kam, daß es an ökonomischen Kenntnissen — und zwar nicht bloß bei der Arbeiterschaft — vollständig mangelte. „Die paar Kommunisten, welche es gab, wußten zwar das liberale Gefunder (der Schulze-Dehlsch, Braun-Wiesbaden, Faucher-Berlin etc.) nach seinem Umverste einzuschätzen, aber es fehlte uns durchaus an Belesenheit in der volkswirtschaftlichen Literatur. Ich hatte bis zum Jahre 1862 nichts anderes in Händen gehabt, als die Schriften Weitlings und etwas von Proudhon und Louis Blanc. Das kommunistische Manifest war in Deutschland damals gänzlich unbekannt und ist erst durch Liebknecht viel später verbreitet worden.“ Die Hauptforderung, für die die paar aufklärten Arbeiter damals mündlich agitierten, war das allgemeine und direkte Wahlrecht.

An anderer Stelle derselben Schrift (Seite 20) führt Wahleisch aus: „Wir wußten nichts vom konstanten und variablen Kapital und waren nicht eingeweiht in die tiefsten Geheimnisse der Kapitalbildung; aber daß das Kapital und die Kapitalisten unsere Feinde waren, wußten wir ganz genau und wir wußten auch, daß wir sie nur durch die Machtentfaltung, also durch Organisation überwinden konnten. Wir wußten nichts vom relativen und absoluten Mehrwert und hundert anderen ökonomischen Kategorien, über welche sich unsere Gelehrten heute in den Haaren liegen; aber wir waren ganz sicher in der Überzeugung, daß wir von den Unternehmern betrogen und bestohlen wurden und daß die Geseße dazu gemacht waren, diese Handlungswelt zu sanktionieren.“

Das war ja schon ein ganz respektables Stück Klassenbewußtsein und Wahleisch konnte daher in seiner Schrift über Ferdinand Lassalle mit Recht sagen, daß die Leipziger Delegation an die Verhandlungen mit Lassalle keineswegs mit solcher Unklarheit herantret, wie es nach gewisser öffentlicher Kundgebung des letzteren scheinen könnte. „Der intime Verkehr, welchen Dammer und ich seit vielen Monaten mit Rohmähler (bekannter Leipziger Univeritätsprofessor, Naturforscher und liberaler Politiker) gepflogen hatten, gab unserm Urteil eine gewisse Reife. Wir standen freilich noch unter dem Einfluß des Glaubens, daß nur eine Revolution im alten Sinne eine Wendung zum Besseren bringen könnte, aber Lassalle selbst unterlag diesem Einfluß auch. Da nun nach Lage der Dinge zwar an keine proletarische, wohl aber bei einiger Selbsttäuschung an eine bürgerliche Revolution zu denken war, schien das Zusammengehen mit der Fortschrittspartei eine unerläßliche Notwendigkeit. Man verzeihe nicht, es war die Zeit des preussischen Verfassungskonflikts, der tatsächlich das Volk in allen seinen Teilen auf das tiefste erregte.“

Bemerkenswert ist die Feststellung Wahleischs in der zitierten Leipziger Festschrift, daß die Leipziger Arbeiter, wie überhaupt die deutsche Arbeiterschaft, mit Ausnahme des rheinischen Proletariats, nichts von Lassalle wußten.

Trotzdem verstanden sich, wie oben schon bemerkt, die im Januar 1863 nach Berlin gekommene Leipziger Delegation und Lassalle sofort und man vereinbarte das weitere gemeinschaftliche Vorgehen. Das Leipziger Komitee sollte Lassalle ersuchen, seine Ansichten über die Arbeiterbewegung und deren Mittel, besonders auch über den Wert der Genossenschaft für die ganz unbemittelte Volksklasse auszusprechen und Lassalle sollte mit einem offenen Sendschreiben antworten. Inzwischen sollte das Komitee die Zurüstungen für den Kongress fortsetzen, aber ihn nicht eher einberufen, als bis Lassalles Schreiben erschienen sei und seine Wirkung getan habe.

Am 11. Februar 1863 richtete das Komitee seine Anfrage an Lassalle und am gleichen Tage erhielt es einen Aufruf an die deutschen Arbeiter, worin die möglichste Beschleunigung des Kongresses empfohlen, aber doch vor einer Ueberreitung gewarnt wurde, ehe die Vertreter des Arbeiterstandes sich über alles klar geworden seien. Am 1. März beendete Lassalle sein Offenes Antwortschreiben, das gegen Mitte des Monats in die Welt hinausfloß.

In demselben schlug Lassalle dem Leipziger Komitee die Gründung von Produktivgenossenschaften mit Staatskredit vor, um den Arbeiter zum Unternehmer zu machen und das ehrene Lohngeßel zu überwinden, also die volkswirtschaftliche Befreiung der Arbeiterklasse herbeizuführen; das allgemeine Stimmrecht zur Eroberung der politischen Macht und endlich als Mittel zur Erreichung dieser Ziele die Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, wofür nun eine große und begetherte Agitation begonnen werden sollte.

„Dies ist das Zeichen, das Sie auspflanzen müssen. Dies ist das Zeichen, in dem Sie siegen werden! Es gibt kein anderes für Sie!“

Mit diesem Kampfesruf an die deutsche Arbeiterschaft schließt das Offene Antwortschreiben, das nach Bebel (Leipziger Festschrift) bei den Gegnern einschlug wie eine Bombe, während es, ebenfalls nach Bebel („Aus meinem Leben“, erster Teil), auf die Arbeiterwelt nicht entfernt den Eindruck machte, den in erster Linie Lassalle und nächst ihm der kleine Kreis seiner Anhänger erwarteten.

Am 23. Mai 1863 wurde in Leipzig unter Mitwirkung Lassalles der Allgemeine deutsche Arbeiterverein und damit die deutsche Sozialdemokratie gegründet, die sich in dem selbsterlosenen halben Jahrhundert glänzend entwickelte, ungeachtet der theoretischen Irrtümer, die das Lassallesche Manifest enthält und die längst durch die Entwicklung korrigiert wurden.

Die deutsche Arbeiterschaft folgte der Kühnen Bahn, die Lassalle sie geführt, wie es im Liebe heißt, wofei sie zur stärksten politischen Partei in Deutschland wurde und auf dem besten Wege zum endlichen Siege ist. Sie ist zum unbestrittenen Vorbild des internationalen Proletariats geworden und beim 50jährigen Jubiläum des Offenen Antwortschreibens kann es mit dem Dichter der Arbeiter-Marxellatte, Jakob A. D. B. sagen:

Ist auch der Säemann gefallen,
Auf guten Boden fiel die Saat;
Uns aber bleibt die Kühne Tat,
Heiliges Vermächtnis sei sie allen!

Darwin, Nietzsche und Alexander Tille.

Wie reimt sich das zusammen?

III.

In einem Nachruf für Tille schrieb die Röllnische Zeitung, das führende Blatt der nationalliberalen Partei, er habe es versucht, „den Nietzscheanismus, die Lehre vom Uebermenschen, in die praktische Nationalökonomie überzuführen, er predigte die Unumkehrbarkeit des Unternehmers und die Schädlichkeit des Sozialmoralismus“. Danach scheint es, als ob Nietzsches Lehre vom Uebermenschen und von der Umwertung aller Werte daselbe besage, wie Tilles Betonung der Unternehmerautokratie und seine Verwertung der Sozialpolitik. Diese Auffassung vom Wesen des Nietzscheanismus ist so falsch wie unermöglich, und man muß sich wundern, wie eine angesehenere deutsche Tageszeitung einen derartigen Satz niederzuschreiben konnte.

Die Lehre vom Uebermenschen, wie Nietzsche sie gepredigt hat, ist die Uebertragung des Entwicklungsgebankens auf die Menschheit. Was Darwin für das Tier- und Pflanzenreich nachgewiesen hat, die Auslese und Fortpflanzung des Besten und Lebensfähigsten durch die Zuchtwahl, das wendet er, in veränderter Form natürlich, auf das Menschenreich an. Wie alle anderen Beweisen immer neue, höhere Formen aus sich heraus entwickeln, so soll auch der Mensch über seine jetzige Daseinsform hinauswachsen und einen neuen, höheren Menschen schaffen. Es ist praktischer, auf die Menschheit übertragener Darwinismus, was Nietzsche will, planmäßige künstliche Zuchtwahl zur Züchtung einer vollkommeneren Menschensele. Doch ist ihm nicht die Erreichung eines bestimmten Ideals die Hauptsache, sondern die Höherbildung und Aufwärtsentwicklung an sich, eine endlose Kette von Neubildungen. Immer aufwärts, niemals Halt machen — das ist die Aufgabe des Einzelmenschen, der wie Goethes Faust immer strebt und strebend irrt, und das ist auch der Zweck der gesamten Menschheit. Darum soll der jeweilige Gegenwartsmensch durch einen höheren Menschentypus ersetzt werden. Er muß überwunden und beseitigt werden, damit Platz geschaffen wird für den Uebermenschen, er soll nur Mittel sein, aber kein Selbstzweck, er soll einen Uebergang bilden zu einer neuen Menschheit, eine Brücke zwischen dem ehemaligen Tiermenschen und dem zukünftigen Uebermenschen, er soll ein Pfeil der Sehnsucht sein zum andern Ufer. „Ich lehre euch den Uebermenschen“, so läßt Nietzsche den alten Weltweisen Zarathustra zu der auf dem Markte versammelten Volksmenge sprechen. „Der Mensch ist etwas, was überwinden werden muß. Alle Wesen bisher schufen etwas über sich hinaus, und ihr wollt die Erde dieser großen Flut sein und lieber noch zum Tiere zurückkehren, als den Menschen überwinden? Ihr habt den Weg vom Wurm zum Menschen gemacht und dieses in euch ist noch Wurm. Einstmals waret ihr Affen und auch jetzt noch ist der Mensch mehr Affe als irgend ein Affe. Geh, ich lehre euch den Uebermenschen, der Uebermensch ist der Sinn der Erde! Und mit Donnerstimme wirft er die Frage in die Menschheit: „Was

habt ihr getan, um den Menschen zu überwinden? Diese Frage muß sich jeder Mensch und jede Menschengeneration vorlegen. Was habt ihr getan für die Auswärtsentwicklung, habt ihr euch bemüht, den alten Sauerbrunnen in euch und in anderen auszufüllen, um besser zu werden? Der Kampf um ein höheres Menschentum, die Verdrängung des Menschen durch den Uebermenschen, das ist es, wonach der Mensch und die Menschengruppe getrieben wird. Darauf ist der gesamte Nietzscheanismus zugeschnitten. Die Menschen sollen emporgehoben werden auf eine höhere Stufe in materieller, geistiger und moralischer Beziehung. Die Sorge um die zukünftige Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens ist die größte Sorge, hinter der alles andere zurücktreten muß. Der Gegenwartsstreben soll dem Uebermenschen ein Haus bauen, die Gegenwart soll sich für die Zukunft opfern, nicht euer Vaterland soll ihr lieb sein, sondern euer Vaterland!

Dieses Emporkommen der Menschen soll sich nicht erst im Jenseits vollziehen, wie das Christentum glaubt, sondern schon im Diesseits. Darum hat Nietzsche das Christentum der Pfaffen, das die Erde zu einem Sammelort macht und die Gedrückten auf den Himmel verdrängt, das das diesseitige Leben als eine Pilgerreise auffaßt, dessen Ziel im Jenseits liegt. Mit flammender Entrüstung wendet er sich an die Menschen: „Ich beschwöre euch, meine Brüder, bleibt der Erde treu und glaubt denen nicht, die euch von überirdischen Hoffnungen reden. Glimmer sind es, ob sie es wissen oder nicht. Einst war der Frevel an Gott der größte Frevel, aber Gott starb und damit starben auch diese Freveltaten. An der Erde zu freveln ist jetzt das fürchterlichste.“ Wer da heute noch zweifelt, daß die Erde eine Wohnstätte werden könne für glückliche Menschen, der ist ein Frevel an der Menschheit, der verurteilt sich schwerer als ein Gottesläugner früherer Zeiten. Aus diesem Grunde verurteilt Nietzsche auch die christliche Moral, die Gebuld und Entfagung predigt und den Menschen zu einem Waisklappen macht, der sich alles gefallen läßt. Demgegenüber lehrt er die Aktivität des Willens und des Handelns, die den Kampf gegen das Unrecht energisch aufnimmt. Er lehrt eine persönliche Tugend, das heißt, eine Tüchtigkeit, die ihr Recht fordert und ihren Willen durchsetzen will. Darum hat er die Säufer und Leisetreter, die einen krummen Buckel machen, und er liebt die Donnerstöne, die auf ihre Kräfte pochen und sich nichts gefallen lassen. „Niemand noch kromm ich im Leben vor Mächtigen“, so rühmt er sich, „und Log ich niemals, so Log ich aus Liebe. Verhaßt ist mir und ein Elend, wer nie sich wehren will, der Günstliche, der gleich auf dem Rücken liegt, der glittigen Spindel und böse Blicke herunterschleudert, der allzu Gebuldige, der Allesdulder, der Allgenügsame — das nämlich ist die knechtliche Art. Ob einer vor Göttern und göttlichen Führern knechtisch ist, ob vor Menschen und blühenden Menscheneinungen: alle Rechte artipieit sie an, diese seltsame Selbstsucht.“ Wenn man nach diesen Worten Nietzsches irgendwo einreihen wollte, so würde er besser unter die Anführer des proletarischen Emanzipationskampfes passen, als unter die Verteidiger einer christlich-kapitalistischen Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung. Das kämpfende Proletariat hat alle Ursache, sich das Nietzschewort: „Ein Recht, das du dir rauben kannst, sollst du dir nicht schenken lassen!“ auf sein Banner zu schreiben.

Das Emporkommen der Menschheit wird sich natürlich nicht ohne Kampf und Reibung vollziehen. Aber diese Kämpfe sollen nicht gestiftet werden um die Güterstücke oder den Gehalt, sondern sie sollen ein Mittel sein um die höchsten Güter und Ideale der Menschheit. Die Führerrollen in diesen Emporkommen zu immer höheren Stufen sollen den Besten und Tüchtigsten zufallen, die sich bemühen haben, aber jedem Menschen soll das Recht zustehen, sich um die Führung zu bewerben. Darum ruft Nietzsche die Menschen zum Wettbewerb an: „Meine Brüder, ich weiße und weiße euch zu einem neuen Adel, ihr sollt mir Jünger und Führer werden und Sämannen der Zukunft. Nicht zurück soll einer Adel schauen, sondern hinaus, nicht woher ihr kommt, mache fürderhin eure Ehre aus, sondern wohin ihr geht. Euer Wille und euer Fuß, der über euch hinaus will, das mache eure neue Ehre. Euer Vaterland sollt ihr lieben, diese Liebe sei euer neuer Adel, an euren Kindern sollt ihr gut machen, daß ihr eurer Väter Kinder seid.“

Was folgerichtiger findet deshalb Nietzsche von den Menschen, daß sie ihr ganzes Sinnes und Erachten darauf richten, sich selbst und besonders die heranwachsenden jungen Menschenkinder zu erziehen zu neuen Menschen, daß sie alles das hinterlassen, was dieser Entwicklung im Wege steht. Nicht Fortpflanzung sollen sich die Menschen, sondern hinaufpflanzen, über sich selbst sollen sie hinausgehen — aber zuerst müssen sie selbst reiflich gewahrt sein an Leib und Seele. Und die Besten unter ihnen müssen sich für ihre Mitstreiter aufopfern. Die geistig hochstehenden Menschen haben Pflichten gegen die anderen, sie müssen ihnen abgeben von ihrem Ueberflusse. Wie die Sonne es tut, das überreichliche Geströh, die am Morgen emporspringt und Licht und Wärme über die Erde streut, die am Abend ins Meer hinabsinkt und die Wellen vergoldet, so daß auch der arme Fischer noch mit goldenem Fuder ruhet. Immer und immer wieder ruft Nietzsche von der schonenden Tugend, die unerträglich ist im Verhältnissenollen, die alle Schätze in sich aufnimmt, um sie mit reichen Händen wieder anzupflanzen.

Wie man es richtig bringen kann, Nietzsche als einen heillosen Egoisten und als einen Absterber des Kapitals hingsustellen, erscheint uns unbegründlich. Mit Recht spricht er von den Strapazien des Reichtums, die sich ihren Vorteil aus jedem Besitztum auflesen, von dem Gehelbe, das ein Himmel stinkt, von dem vergifteten, verjäherten Räbel, dessen Väter Langfinger oder Haszögler oder Ungeheuerer waren. Er verurteilt die Selbstsucht, die allzu-ange, hungende Selbstsucht, die immer flehen will, die mit dem Auge des Diebes blinzelt auf alles Glänzende, ein Stossen ist ihm der entsetzte Schrei, der alles für sich haben will. Aber er lobt und feiert die gesunde heile Selbstsucht, die aus mächtiger Seele quillt, die über sich selbst hat für reiches Leid, die Rücksicht nimmt auf fremdes Glück. Allerdings bekämpft er alle Heuchelei und Egoismus und den weiblichen Wille, das die Menschen ermannet und beherzigt, erstickt er den Stieg. Aber wenn es gilt, Reichentum durch die Tat zu beweisen, dann sagt er der schonenden Tugend ein begeistertes Lied.

So plägiert sich der Nietzscheanismus dem Leier der Nietzsche'schen Worte wieder. Alle hat die Waden Kanten hören, weiß aber nicht, wo sie hängen. Er kennt von Nietzsche ebenso viel oder wenig, wie von Darwin und es ist ein wunderbarer Unverstand, diese drei Sätze miteinander zusammen zu stellen. Die sind übergenug, wenn alle eingiebt in die Gefühle der irdigen Geister und sich den beiden großen Räubern nähert, um sich ihnen als Schächer vorzustellen, sie werden sich von ihm abwenden und sprechen: „Lebe dich weg von uns, wir kennen dich nicht, denn du bist ein Selbstsucher unserer Gedanken und unserer Willens.“

Metallarbeiterwohnungen.

E. B. Es ist ein Verweis für die Berrücktheit der kapitalistischen Produktionsweise, daß sie die produktiven Kräfte systematisch zermüht, während sie die Parasiten, die Nuzgenesser geradezu mästet. Die Arbeiterkraft erzeugt alle die reichen Mittel für Ernährung, Kleidung, Wohnung und Lebensverschönerung, ist aber meistens nicht in der Lage, die primitivsten Bedürfnisse ausreichend befriedigen zu können. Das trifft nicht zuletzt auf die Arbeiterwohnungen zu. Wir haben das an dieser Stelle bereits einmal an der Hand der Ergebnisse einer Erhebung der Kommission zur Beseitigung des Koss- und Logiszwanges hinsichtlich der Metallarbeiterchaft dargelegt (Nr. 52/1910). Es handelte sich damals um deutsche Fabrikwohnungen.

Leider wird über die Arbeiterwohnungen noch viel zu wenig Licht verbreitet. Die Reichsstatistik kümmert sich fast gar nicht um sie. Und auch das, was private Initiativen zur Feststellung der tatsächlichen Wohnungsverhältnisse bisher geleistet hat, ist sehr wenig. Und doch ist die Wohnungsfrage von nicht geringerer Wichtigkeit, als das Ernährungsproblem. Da hat sich das Gewerkschaftsstatistik-Büro im Oktober 1911 der verbleibenden Aufgabe unterzogen, die Wohnungsverhältnisse der ihm angehörenden Arbeiter festzustellen und der Öffentlichkeit mitzuteilen. Seit Anfang Dezember liegt die Arbeit vor. Das Ergebnis der Erhebung über diese freien Wohnungen stellt eine heftige Anklage gegen die Grund- und Bodenpekulation und die Unfähigkeit und Ignoranz der Zwidauer Stadterwaltung dar; selbst die Besten waren von der Bucht des gewonnenen Materials überrascht. In der Tat hatte sich bis dahin niemand die Wohnungsnot der Zwidauer Arbeiterchaft so brüderlich vorgestellt, als sie hier von nackten Zahlen geschildert wird.

Unter den 1240 Fragebogen, die als brauchbar zu dieser Statistik bearbeitet worden sind, befanden sich auch 210, die Metallarbeiterwohnungen zum Gegenstand haben, von diesen Wohnungen befanden sich 182 in Vorderhäusern und 28 in Hinterhäusern; von ersteren waren 42 (— 23,08 Prozent) und von letzteren 9 (32,14 Prozent) unmittelbar unter dem Dache gelegen. Die Höhe der Häuser in Zwidau sind — wie das in Klein- und Mittelhäusern meist der Fall ist — die Ablagerungsräume allen Schmutzes, wozu noch Pferde-, Schweine-, Geflügel- und andere Stallungen aufzufinden sind. Bei dieser Sachlage kann man sich die Annehmlichkeiten solcher Hinterhauswohnungen als mindertwertig bezeichnen. Da die Dachwohnungen viel zu rasch allen Witterungsveränderungen folgen, müssen den 28 Hinterhauswohnungen noch die 42 Dachwohnungen der Vorderhäuser als minderwertige zugezählt werden. Danach aber wären 33,33 Prozent aller dieser Metallarbeiterwohnungen mindertwertig.

Wiel schärfer wird jedoch das Bild, wenn wir uns die Wohnungen unserer Kollegen nach ihrer Geräumigkeit und inneren Beschaffenheit betrachten. Dr. Kuzella fordert in seiner Schrift „Wohnungsnot und Wohnungsjammer“ als Minimum für eine Familie von 4 bis 6 Köpfen eine Wohnung mit 3 Zimmern (2 Kammern, 1 Küche), die zusammen eine Bodenfläche von 68 Quadratmeter und einen Luftraum von 250 Kubikmeter haben müssen. Dr. Erisman erklärt, daß auch die bescheidenste Wohnung aus Wohnstube, Küche und Schlafgemach bestehen müsse. Wesentlich bescheidener ist das sächsische Baugesetz, wonach als Mindestanforderung an eine Familienwohnung ein gut beheizbarer Wohnraum und ein Schlafraum verlangt wird, die zusammen 30 Quadratmeter Bodenfläche haben müssen.

Betrachten wir uns nun die Wohnungen der Zwidauer Metallarbeiter auf diese Dinge hin. Die Familien haben eine Durchschnittsfläche von etwas über 4 (210 Wohnungen mit 518 Erwachsenen und 325 Kindern). Die von Kuzella und Erisman geforderten Räume waren nur in 151 Wohnungen vorhanden; 57 Wohnungen bestanden bloß aus zwei Räumen und 2 Wohnungen gar nur aus einem einzigen Raum. Im Durchschnitt kamen auf die Wohnung nur 2,80 Räume. Ueber den Flächenraum der Wohnungen unterrichtet folgende Zusammenstellung. Eine Wohnfläche von

weniger als 30 qm	30 bis 67,9 qm	68 und mehr qm	
hatten	40	169	1
darin wohnen . . .	149	692	2
das ist pro Wohnung	3,73	4,10	2

Also nur eine Wohnung unter den 210 erreichte die von Kuzella geforderte Mindestbodenfläche und 40 Wohnungen waren sogar noch kleiner im Ausmaße, als das bescheidene sächsische Baugesetz verlangt. Bei den Einzimmerwohnungen wurde eine Durchschnittsbodenfläche von 21,32 Quadratmeter festgestellt und eine durchschnittliche Bewohnerzahl von 3,50, die Zweizimmerwohnungen hatten durchschnittlich 29,62 Quadratmeter und 3,71 Bewohner, die Dreizimmerwohnungen 42,26 Quadratmeter und 3,94 Bewohner und die Mehrzimmerwohnungen 50,49 Quadratmeter und 5,50 Bewohner; die Fabrikwohnungen der Metallindustrie waren bedeutend besser gestellt: Einzimmerwohnungen gab es gar nicht und die Zweizimmerwohnungen erreichten eine Durchschnittsbodenfläche von 38,45 Quadratmeter, die Dreizimmerwohnungen waren ebenfalls fast 10 Quadratmeter größer, nämlich 51,73 Quadratmeter.

Da die Höhe der Wohnungen unserer Zwidauer Kollegen im allgemeinen sehr gering ist, so erklärt sich, daß auch deren Aufenthalt in einem engen Mißverhältnis zu den Forderungen der Hygiene steht. (Nur 61 Wohnungen waren höher als drei Meter, 82 hatten eine Höhe von 2,81 bis 3 Meter, 35 eine solche von 2,61 bis 2,80 Meter, 31 eine solche von 2 bis 2,60 Meter und 1 Wohnung war niedriger als 2 Meter.) — Einen Luftraum von

weniger als 30 cbm	30 bis 104,99 cbm	105 bis 249,99 cbm	250 und mehr cbm	
hatten	20	57	132	—
darin wohnen . . .	66	220	531	—
d. i. pr. Wohnung	3,1	3,88	4,06	—

Die Forderung Kuzellas hinsichtlich des Luftraumes wird nicht von einer einzigen Wohnung erfüllt. Eine Wohnung von 30 Kubikmeter Luftraum ist keine Wohnung, sondern ein Zwischengang, wenn darin 3 Personen hausen, so kann man sich einen Begriff von der miserablen Lage der Arbeiter machen, die gezwungen sind, solche Lächer anzuhängen. Nicht viel besser steht es um die Wohnungen, die weniger als 33 Kubikmeter Luftraum haben. Bei einer Wohnungsverhältnisse der Stadt Bern ist als durchschnittlicher Luftraum festgestellt worden:

für die obere soziale Schicht	27 cbm pro Wohnung
„ „ „ „ „ „ „ „	18 „ „
„ „ „ „ „ „ „ „	8 „ „

Diese Durchschnittswertverhältnisse der Berner Klassen war bei 21 Wohnungen auch nicht erreicht. Auf den 210 dieser Metallarbeiterwohnungen müssen wir einige Verbesserungen zusetzen. Bei 71 Wohnungen war über

haupt keine Küche vorhanden. Von den 139 Küchen wurden 128 gleichzeitig als Wohnraum verwendet, so daß nur 11 als eigentliche Küchenräume übrig blieben, wovon zwei kein ins Freie führendes Fenster hatten. Die Armut zwingt die Kollegen eben, die Küchenräume für den Familienaufenthalt mit auszunutzen. Daß in diesen „Wohnräumen“ bisweilen eine ganz entsetzlich muffige Atmosphäre herrscht, geht schon aus ihrer Größe deutlich hervor. Elf der besprochenen Küchen hatten nur einen Flächenraum von 7 Quadratmeter und weniger. Der Mindestanforderung von 15 Quadratmeter Bodenfläche genügt nur 14 aller bewohnten Küchen. Selbst wenn man dieses Maß auf 12 Quadratmeter herabsetzen wollte, würden nur 45 Küchen (21,43 Prozent) als ausreichend festgestellt werden können.

Daß diese Wohnungen zu Brutstätten von allerlei Krankheiten und zu Schlimmerem werden müssen, das lehrt uns eine Berliner Wohnungsensquete vom Jahre 1885, wo auf das Tausend der Bewohner in Einzimmerwohnungen 163,5 Sterbefälle und in den Zweizimmerwohnungen 22,5 Sterbefälle festgestellt wurden; in den Dreizimmerwohnungen waren es nur 7,5 und in den Mehrzimmerwohnungen nur noch 5,4. Die kleinsten Wohnungen sind eben die reinsten Sterbehöhlen. Je kleiner die Wohnung, desto rapider die Sterblichkeit.

Auch die Schlafräume sind über alles Maß dürftig. Bei 32 der Wohnungen mit durchschnittlich 4,07 Bewohnern betrug die Bodenfläche des Schlafraumes nur bis zu 10 Quadratmeter, bei 109 Wohnungen (4,06 Bewohner) 10 bis 14 Quadratmeter, mehr als 14, aber weniger als 20 Quadratmeter hatten die Schlafräume bei 52 Wohnungen (4,00 Bewohner) und bloß 15 Wohnungen (4,13 Bewohner) hatten solche mit 20 Quadratmeter und mehr Bodenfläche. Zwei Wohnungen (3,5 Bewohner) bestanden aus je nur einem Raum, der zugleich als Koch-, Wohn- und Schlafraum dienen mußte. Da ist es kein Wunder, daß bei 18 Wohnungen die absolut gesundheitsgefährlichen Dachkammern als Schlafräume mitbenutzt werden mußten.

Es bedarf wohl keiner weiteren Ausführungen darüber, daß ein notwendiges Erfordernis für eine Wohnung, die der Gesundheit nicht nachteilig sein soll, genügendes, direktes Tageslicht ist. Als genügendes Licht verlangt Kubner eine freie Fensterfläche (die Fensterkreuze abgerechnet), die sich zur Bodenfläche wie 1 : 5 verhält. Von den 588 Räumen, die in den Wohnungen unserer 210 Zwidauer Kollegen zu finden sind, haben nur 174 eine dementsprechende Verlichtung, das ist nicht einmal der dritte Teil aller — 29,69 Prozent. Vier Räume haben gar keine Fenster oder wenigstens kein ins Freie führendes Fenster. Da bei den Nachmessungen bei einem großen Prozentfuß der Räume gefunden worden ist, daß statt zwischen den äußeren Scheibenrändern der Fenster zu messen, die ganze Maueröffnung gemessen worden ist, und da außerdem die von den Fensterkreuzen verdrängte Lichtfallfläche nicht abgerechnet wurde, so kann behauptet werden, daß die Verlichtungsverhältnisse in Wirklichkeit noch viel schlimmer sind, als oben angegeben.

Die Wohnungen ließen oftmals empfindliche Mängel in dem allernotwendigsten Zubehör und in den bezuggehörigen Bequemlichkeiten erkennen. So hatte nicht eine aller Metallarbeiterwohnungen eine Badegelegenheit, laufendes Wasser war nur in 57,14 Prozent der Wohnungen im Innern zu finden, ein Keller nur in 88,57 Prozent, Boden nur in 87,14, Waschküchenbenutzung hatten 95,71 Prozent, Trockenboden 91,43, Vorratsraum 6,67 Prozent und eigenen verschließbaren Hausflur hatten nur 43,81 Prozent der Wohnungen.

Sehr schlimm steht es bezüglich der Abortverhältnisse aus. Obwohl es eine sehr notwendige hygienische Forderung ist, daß jede Familie ihren eigenen Abort hat, waren nur 97 unserer Kollegen im Genuße dieser Selbstverständlichkeit; 43 Aborte wurden von zwei, 45 von drei und 25 Aborte von mehr als drei Familien benutzt; in einem Falle war angegeben: „Zwei Aborte für acht Familien.“ Mehr als die Hälfte der Familien also mußte mit anderen den Abort teilen. Dieses Resultat ist außerordentlich schlecht. Bedenkt man noch, daß in den Familien unserer Kollegen noch 22 Mieter und Schlafburden Aufnahme gefunden hatten, deren es doch auch in anderen Familien welche gibt, so kann man sich wohl die große Gefahr der Uebertragung von ansteckenden Krankheiten und den vom sittlichen wie ästhetischen Standpunkt ebenso ansehnlichen Zustand der Abortverhältnisse ausmalen.

Feuchte Wände wurden in 13 Wohnräumen, 15 Schlafräumen und 14 Küchen festgestellt. In 10 Dachwohnungen wurde über schlechtes Dach gellagt, 39 Wohnungen hatten schlechte Fenster, 18 schlechte Fußböden, 19 schlechte Öfen, 5 hatten Schimmel und 3 gar Schimmel. Auf 32 Fragebogen wurde bemerkt, daß der Abort übermäßig riecht, in 25 Fällen drang der Geruch bis in den Hausflur und in 18 Fällen in die Wohnung.

Wer nun meint, daß bei dieser Beschaffenheit der Wohnungen die Mietpreise ganz besonders gering sein müßten, der ist in einem Irrtum befangen. Im Durchschnitt betrug der Jahresmietpreis pro Wohnung 174,90 M. (bei den Fabrikwohnungen kosteten die Metallarbeiterwohnungen im Durchschnitt 149,80 M.). Für die Beurteilung dient am besten eine Betrachtung des nach Bodenfläche und Luftraum der Wohnungen berechneten Preises. Der Quadratmeter Wohnfläche kostete 4,45 M. im Durchschnitt und der Kubikmeter Luftraum 1,52 M. Je kleiner die Wohnung war, desto höher lag der Preis, je größer die Wohnung, desto geringer war er. So kostete in den Einzimmerwohnungen der Quadratmeter 4,79 M., in den Zweizimmerwohnungen der Quadratmeter 4,48 M., in den Dreizimmerwohnungen 4,38 M., in den Mehrzimmerwohnungen lag er dann wieder auf 4,79 M. Deutlicher wird die Preisgestaltung bei der Betrachtung der Kubikmeterpreise; bei den Einzimmerwohnungen kostete der Kubikmeter 1,56 M. Jahresmiete, bei der nächsten Gruppe 1,55 M., bei der folgenden 1,51 M. und bei den Mehrzimmerwohnungen nur noch 1,49 M.

Auch hinsichtlich der Mietspreiserhöhungen stehen die kleinsten Wohnungen am ungünstigsten. Innerhalb der letzten beiden Jahre, bei der Erhebung vorausgingen, wurden alle Einzimmerwohnungen, also 100 Prozent, im Preise erhöht, von den Zweizimmerwohnungen wurden 22,81 Prozent, von den Dreizimmerwohnungen 24,81 Prozent und von den Mehrzimmerwohnungen 27,78 Prozent im Preise erhöht. Der Gesamtpreis der Einzimmerwohnungen erhöhte sich um 9,09 Prozent, der der Zweizimmerwohnungen um 1,93 Prozent, der der Dreizimmerwohnungen um 1,78 Prozent und der der Mehrzimmerwohnungen um 2,11 Prozent.

Je kleiner die Wohnungen sind, desto schärfer ist der Druck, desto erbärmlicher sind die Zustände und desto höher sind die Mietpreise. Auf die wirtschaftlich Schwächsten werden die Kosten in gesteigertem Maße gewälzt, sie haben das schlimmste Wohnungsleben und die höchsten Wohnungskosten zu tragen.

Was wir hier von den Wohnungen unserer Zwidauer Kollegen erfahren haben, sind nicht Ausnahmestände. Es sind die typischen Wohnungsverhältnisse der Arbeiterchaft. Und diese müssen zur Beseitigung der für die Arbeiterchaft so schmerzhaften Anklage gegen die heutige Gesellschaft anzuregen. Denn deren „Ordnung“ ist es, die den Arbeiter mit ehernem Zwange an seinem Aufstieg zum Besseren zu hindern sucht.

Auch sonst ist der Bericht immer noch kundenhaft, gestützt aber von Jahr zu Jahr immer lehrhaftere Vergleiche über die Arbeiterbewegung der Länder, die dem Sekretariat angeschlossen sind. Es sind deren jetzt 19, nachdem die bulgarische Zentrale bis zur Erleichterung ihrer Differenzen mit einer zweiten Zentrale suspendiert werden mußte. Leider fehlen im Sekretariat immer noch die Südamerikaner, die in Australien, Neu-Seeland, Südafrika und Südamerika bestehen, wie auch der größte Teil der englischen Gewerkschaften, soweit diese nämlich der dortigen Landeszentrale, die eigentlich nur eine Streikrückversicherungsgesellschaft darstellt, nicht angehören. Deren Anschluß würde die Mitgliederzahl des Sekretariats um mehr als 2 1/2 Millionen vermehren.

Eine wertvolle Bereicherung des internationalen Berichtes bieten die Sonderberichte der internationalen Berufssekretariate, die zum erstenmal aufgenommen wurden. Dabei ist bemerkenswert, daß fast alle in Deutschland domicilierenden Sekretariate Berichte einreichten, von den hier Sekretariate jedoch, die in anderen Ländern ihren Sitz haben, gingen besondere Berichte nicht ein. Auf diesen Teil des Berichtes kommen wir später zurück.

Eine gute Uebersicht über die Gewerkschaftsbewegung der dem Sekretariat angeschlossenen Länder bietet die folgende Tabelle:
Zahl der Gewerkschaftsmitglieder.

Länder	Gesamtzahl		Der Landeszentrale angeschlossen	
	1910	1911	1910	1911
1. England	2440723	3010346	710994	861482
2. Frankreich	977350	1029238	340000	450000
3. Belgien	138929	92735	68984	77224
4. Niederlande	149350	153689	44120	52235
5. Dänemark	123864	128224	101568	105269
6. Schweden	121180	116500	85176	80129
7. Norwegen	47458	53830	46397	53475
8. Finnland	24928	19640	15346	19640
9. Deutschland	2688144	3061002	2017298	2339785
10. Österreich	451232	496293	400563	421906
11. Bosnien-Herzegowina	6289	5587	6086	5587
12. Kroatien-Slawonien	6805	8504	5108	7182
13. Ungarn	86778	95180	86478	95180
14. Serbien	7418	8397	7418	8397
15. Rumänien	8515	6000	8515	6000
16. Bulgarien	3000	—	3000	—
17. Schweiz	95797	78119	68663	78119
17. Italien	789598	709943	359383	384446
18. Spanien	40984	80000	40984	80000
19. Vereinigte Staaten	1710433	2282361	1710433	1775000
Zusammen	9905189	11435498	6121711	6900995

Die Zahl aller Gewerkschaftsmitglieder ist demnach in diesen Ländern im Laufe eines Jahres von 9 905 189 auf 11 435 498, die Zahl der Mitglieder der betreffenden Landeszentralen von 6 121 711 auf 6 900 995 gestiegen. Nur für 7 Länder konnte der Prozentsatz aller Organisierten in der Industrie festgestellt werden. Es waren von der industriellen Arbeiterklasse organisiert in Dänemark 51,75 Prozent, Deutschland 32,91 Prozent, Norwegen 27,64 Prozent, Schweden 21,88 Prozent, Vereinigte Staaten 19,26 Prozent, Bosnien 11,64 Prozent, Italien 9,49 Prozent.

Ueber die Finanzverhältnisse der Gewerkschaften sind Angaben erst für etwa 50 Prozent der Gesamtmitgliederzahl gemacht. Die Jahreseinnahme dieser, also etwa der Hälfte aller Gewerkschaften, betrug 160 Millionen Mark, die Ausgabe 142 Millionen Mark. Darunter befinden sich 75 Millionen Mark, die für Unterhaltungszwecke verwendet wurden. Ueber die Hälfte aller Ausgaben sind also den Gewerkschaftsmitgliedern in Form von direkten Unterstützungen wieder zugeflossen. Ferner wurden 50 Millionen Mark für Streiks ausgegeben. Davon entfallen auf die Vereinigten Staaten und Deutschland je 18,8 Millionen, auf England 7,2 Millionen Mark. Leider läßt sich noch nicht feststellen, welches die Ergebnisse der Lohnbewegungen in allen Ländern sind, denn dann würde sich zweifellos ergeben, daß die Gewerkschaften schon heute in allen Ländern die Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung ganz gewaltig verbessern und beeinflussen. Aus den Berichten der einzelnen Länder, auf die wir noch nach Möglichkeit später zurückkommen, seien hier einige Bemerkungen angeführt:

Bei dem Bericht aus Frankreich interessiert besonders die große Zahl der Gewerkschaftsblätter, die in den letzten Jahren geschrieben wurden und die alle unermesslich angestiegen sind. Die meisten erschienen unregelmäßig. Interessant sind auch die im Letzten wieder gegebenen Aufrufe des Gewerkschaftsbundes, die anlässlich der Lebensmittelerhöhung, gegen den Krieg, gegen die Anwendung von Ausnahmsgesetzen und für den freien Gewerkschaftsdruck erhoben wurden. — Der Bericht aus Belgien betont, daß die Tendenz der Gewerkschaften, sich zu zentralen Landes- und Bundeszentralen zusammenzuschließen, immer deutlicher wird und auch schon eine Reihe von Erfolgen aufzuweisen kann. — Holland hat jetzt glücklicherweise vier verschiedene Gewerkschaftsrichtungen: neben der dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Landeszentrale besteht eine anarchoistische, eine christliche und eine katholische, doch hat die erstere fast doppelt so viele Mitglieder wie die anderen drei Gruppen zusammen, trotzdem Wohlstand und Gerechtigkeit lieber für die christlichen und die katholischen Gewerkschaften tätig sind. — In Dänemark, das den größten Prozentsatz der organisierten Arbeiter überhaupt aufweist, brachte das Berichtsjahr eine Reihe von Angriffen auf die Organisationsform der Landeszentrale. Zwei Ziele waren für die Agitation der „Syndikalistischen“ zu verfolgen. Es wurde deshalb von einer Gewerkschaftsreform ein besonderer Anschlag eingelegt, der untersuchen soll, ob an der gegenwärtigen Organisationsform Änderungen vorzunehmen sind oder nicht. — Es ist zu bedauern, daß die in der letzten Nummer der Gewerkschaftsbewegung, die noch dem großen Kampfe des Jahre 1909 etwas zuzurechnen war. Leider sind der Aufstieg sehr durch die zunehmende syndikalistische Agitation gehindert, jetzt zur Gewinnung des Unternehmertums. Dabei haben die syndikalistischen Gewerkschaften irgend welche materielle Bedeutung nicht. Ihre Agitation dient vielmehr vielen Arbeitern nur als Straß, überhaupt keine Gewerkschaftsbeiträge zu zahlen. — Norwegen zeigt eine rasche industrielle Entwicklung. Während seit 1865 die Bevölkerung um 40 Prozent zunahm, stieg die Zahl der Fabrikarbeiter im Lande um 305 Prozent. Das erklärt zum Teil den Anstieg der Gewerkschaftsbewegung, das auch im letzten Jahre anwuchs, indem der größte Teil der Mitglieder in schwere Arbeitssphäre, meist sogar in Auswanderung, verwickelt war. — In Finnland, wo die Bewegung unter der russischen Krone zu leiden begann, wuchsen besonders die Bergarbeiter eine heftige Kampfbewegung, der aber durch die Hilfe der ausländischen Gewerkschaften mit einem Siege der Arbeiter endete. — Aus Deutschland kommt wie gewöhnlich der monatliche Bericht, der auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Jahres eingiht und dann besonders die gegnerischen Gewerkschaften, die Unternehmertum zu behandeln. Die deutschen Gewerkschaften berichten über ein Jahr harte Arbeit und reicher Erträge auf allen Gebieten. — Aus der Schweiz kommen die syndikalistischen Gewerkschaften, die sich in der Schweiz bilden, berichten über ein Jahr harte Arbeit und reicher Erträge auf allen Gebieten. — Aus der Schweiz kommen die syndikalistischen Gewerkschaften, die sich in der Schweiz bilden, berichten über ein Jahr harte Arbeit und reicher Erträge auf allen Gebieten.

separatistische Agitation heraufbeschworene Bruderkrieg bald enden wird. Er hat sogar schon auf die öffentlichen Wahlen und auf die Lohnbewegungen eingewirkt, da allenthalben die Arbeiter sich nach Nationen scheiden und befehlen, soweit nämlich die separatistische Arbeit Früchte trägt. — Sogar Bosnien-Herzegowina haben eine aufsteigende Arbeiterbewegung, der allerdings von der rückschreitenden Regierung und dem Unternehmertum angeheure Schwierigkeiten bereitet werden. Ein wirkliches Koalitionsrecht gibt es in diesen Ländern nicht. — In Ungarn, dem künftigen Lande der Knechtschaft, gelang es den Gewerkschaften, ihren Bestand stark zu erhöhen, doch ist der Prozentsatz der Organisierten in der Provinz immer noch sehr gering. Das liegt zum Teil an der wirtschaftlichen Rückständigkeit des ganzen Landes, das nur der Habgier und dem Ehrgeiz einzelner Leute als Spielball dient. — Kroaten zeigt aufsteigende Gewerkschaftsbewegung und niedergehende Auswanderungszahlen, wie man das übrigens auch in anderen Ländern beobachten kann. Man darf aus diesem Umstande wohl folgern, daß die Gewerkschaften wenigstens einigermaßen die Lage der Arbeiter erträglicher machen und ihnen mehr Selbstvertrauen beibringen konnten. Alle guten Worte und alle Hochtätigkeit von oben haben bisher noch nie ein gleiches Resultat zutage gebracht. — In Rumänien leben die Gewerkschaften infolge des Krieges im Nachbarlande in einem Ausnahmezustande, der ihre Tätigkeit sehr behindert. Deshalb ist der Bericht dieses Landes nur sehr kurz. Immerhin wird darin festgestellt, daß die Regierung allen Arbeitern staatlicher Betriebe das Koalitionsrecht nahm und ferner die Verträge der Unternehmer, gelbe Gewerkschaften zu gründen, eifrig unterstützte. Ganz wie anderswo auch. — Auch in Serbien leidet die Arbeiterklasse unter fast asiatischer Rückständigkeit der regierenden Klassen und des Unternehmertums. Trotzdem haben sich die Gewerkschaften in den letzten Jahren gut entwickelt und auch eine Anzahl eigene Blätter gegründet. Durch den Krieg ist ihre Tätigkeit allerdings ziemlich unterbrochen, so daß erst das Ende des Krieges abgewartet werden muß, um zu sehen, ob und wie die Arbeiterbewegung diese Katastrophe überstanden hat. — Aus der Schweiz liegt ein umfangreicher, reich mit Statistiken versehener Bericht vor, aus dem besonders das Kapitel über die Sozialgesetzgebung interessieren dürfte. — Auch Italien hat mehrere Landeszentralen, und zwar neben der dem internationalen Sekretariat angeschlossenen eine solche der Syndikalistischen und eine andere der katholischen Arbeiter, wodurch natürlich jede einheitliche Aktion der Arbeiterklasse fast unmöglich wird. Trotzdem gelang es, durch einen einmütigen einstimmigen Generalstreik gegen das tripolitische Kriegsabenteuer zu protestieren. Den größten Teil der organisierten Arbeiter stellen in Italien bekanntlich die Landarbeiter. — Von den Gewerkschaften in Spanien ist nur ein kurzer Bericht eingegangen. Danach ist die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder auf rund 100 000 gewachsen: ein Erfolg besonders des brutalen Vorgehens der Regierung und der Günstiger einheimischer und ausländischer Kapitalisten, denen die Arbeiterklasse Spaniens schweren Tribut zahlen muß. — Die Vereinigten Staaten sind durch einen besonders ausgedehnten Bericht vertreten, in dem ausführlich der kulturelle Wert und Einfluß der Gewerkschaften nachgewiesen wird. Die im Bericht aufgezählten zahlreichen Erwerbszweige auf sozialpolitischen und auf wirtschaftlichem Gebiete lassen erkennen, daß auch in den Vereinigten Staaten der Kampf zwischen Kapital und Arbeit immer ernster wird und daß die Arbeiter es wohl verstehen, sich mittels ihrer Organisationen bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Der zweite Teil des internationalen Berichtes, der die internationalen Berufssekretariate behandelt, ist völlig neu. Es gibt jetzt in der modernen Arbeiterbewegung 28 internationale Berufssekretariate, von denen 24 ihren Sitz in Deutschland haben, 2 in England, und je eins in Holland und der Schweiz. Davon ist das Sekretariat der Räder erst kürzlich entstanden. Leider haben die Sekretariate außerhalb Deutschlands keinen Bericht gegeben. Die Mitgliederzahl der übrigen betrug im Jahre 1912: Räder 63 187 (in 13 verschiedenen Ländern), Bauarbeiter 418 590 (14), Brauereiarbeiter 118 681 (8), Buchbinder 46 588 (12), Buchdrucker 134 700 (14), Fabrikarbeiter 267 052 (7), Friseurgehilfen 4100 (3), Gemeindefunktionäre 64 786 (8), Glasarbeiter 42 450 (17), Holzarbeiter 320 600 (20), Hotel- und Restaurationsgäste 28 129 (7), Hutarbeiter 30 200 (13), Kärntner 6406 (4), Lithographen 34 266 (14), Metallarbeiter 970 420 (18), Porzellanarbeiter 36 050 (7), Sattler 18 567 (5), Schneider 101 500 (15), Schuh- und Lederarbeiter 64 400 (11), Steinarbeiter 45 000 (16), Tabakarbeiter 50 125 (7), Transportarbeiter 821 816 (21), Zöpfer 15 978 (6), zusammen 3 703 591 Mitglieder, so daß einschließlich der nicht genannten Bergarbeiter, Legalarbeiter etc. weit über 5 Millionen Arbeiter den internationalen Berufssekretariaten angeschlossen sind. Immerhin bleibt diese Zahl noch weit zurück hinter die Mitgliederzahl der Landeszentralen. Besonders in England und den Vereinigten Staaten gibt es noch viele Gewerkschaften, die für die internationalen Berufsverbände noch gewonnen werden müssen.

Soll alle Sonderberichte der internationalen Berufssekretariate geben eine knappe Darstellung über die Entstehung und Geschichte des betreffenden Sekretariats. Diese Schilderungen über die Anfänge der gewerkschaftlichen Internationalen sind besonders interessant. Sie zeigen, wie früh schon die Arbeiter dazu gekommen sind, mit ihrer Arbeitskategorie jenseits der Landesgrenze nähere Beziehungen zu suchen und mit ihnen zusammenzutreten. Auch die internationalen Berufssekretariate haben jetzt wichtige Aufgaben in der Gewerkschaftsbewegung zu erfüllen und deshalb wird die alljährliche Veröffentlichung ihrer Berichte im internationalen Bericht des internationalen Sekretariats der Landeszentralen nicht nur interessant, sondern auch lehrreich und nützlich sein. In wünschen wäre nur, daß diese Berichte, wie auch die Berichte der Landeszentralen, einheitlicher und vor allem Dinge mehr mit zahlenmäßigen Belegen ausgestattet werden. Gerade bei diesen internationalen Uebersichten sind Zahlen sehr nützlich; es ermöglicht und hilft dem Arbeiter Selbstvertrauen ein, wenn er beobachten kann, wie die Massenbewegungen anderer Völker und Länder Fortschritte machen; sie regen auch zu Vergleichen an und würden dadurch reformwahriger über sich selbst, wo es etwas zu verbessern gibt. Deshalb sind die internationalen Berichte, der in deutsch, englisch, französisch und schwedisch erscheint, eine recht große Verbreitung unter allen in der Arbeiterbewegung Tätigen zu wünschen.

Deutsche Großindustrielle in Frankreich.

Von Billy Dorez (Paris) (Schluß)

Die Thymianischen Erzfelder von Jouvaille mit einem Flächeninhalt von 1719 Hektar befinden sich unmittelbar nebeneinander und gehen bis an die deutsche Grenze. Thymian hat in unserer geologischen Reihe gerade diese Konzeptionen zu seinem Besitz erhalten. Er liegt nördlich von St. Privat, wo sich bekanntlich die Mine Jouvaille, ebenfalls eine Besitzung Thymians, befindet und sie werden mit der Lagerung seines zentralen Lagerstätten-Kiesens

werkes dienen. Die Transportkosten stellen sich dabei sehr niedrig, da bereits Jagendingen mit der Jakobsmine durch eine Drahtseilbahn verbunden ist und die neuen französischen Minen in unmittelbarer Nähe liegen. Batilly ist ebenso wie Jouvaille das volle Eigentum von Thymian. Über den Erwerb von Batilly ist nichts besonderes zu sagen. Jouvaille wurde durch ein Dekret vom 19. März 1887 der Société des hauts-fourneaux de Saulnes zuerteilt. Deren Wohnungen scheinen aber unbefriedigend gewesen zu sein, denn sie verkaufte ihre Konzeption am 25. Oktober 1902 an die Firma Thymian. Am 13. März 1903 gründete dann August Thymian eine französische Aktiengesellschaft unter dem Namen Société des mines de Jouvaille mit einem Kapital von zwei Millionen Franken. Diese beiden Konzeptionen sind ihm also auf direktem Wege zugekommen. Seine dritte Mine in Boulogny mit einer Ausdehnung von 436 Hektar wurde nach dem Muster der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft auf indirektem Wege erworben. Boulogny erhielt durch ein Dekret vom 20. März 1900 ein Herr A. Chappée zu Mans. Dieser übergab die Konzeption der Ende Dezember 1906 mit 3500000 Franken gegründeten Société des mines de Boulogny, die eine Tochtergesellschaft der belgischen Société métallurgique de Sambre-et-Meuse ist. Die Firma Thymian besitzt nun von der belgischen Gesellschaft 3500 Aktien und für 6 Millionen Franken Obligationen, und diese befindet sich dadurch vollständig unter der Kontrolle des rheinischen Großindustriellen. A. Thymian ist übrigens in dieser Gesellschaft Vizepräsident und sein Sohn Fritz Thymian Aufsichtsratsmitglied. Beide üben also einen bestimmenden Einfluß auf die Geschäftsführung aus und ihren Vorschlägen zufolge wurde die Société des mines de Boulogny gegründet.

Ebenso wie die Gelsenkirchener kauft auch A. Thymian Landstrecken um die erworbenen Minen herum. Alle diese Neuerwerbungen aus den einzelnen Kaufverträgen mit Privaten oder Gemeinden festzustellen, ist natürlich sehr schwierig und zeitraubend. S. Bruneau hat deshalb auch nur für einen bestimmten Zeitabschnitt nachgewiesen, daß die Landkäufe Thymians innerhalb vier Monaten schon 80 Hektar betragen haben und daß dafür 300000 Franken ausgegeben wurden. Jedenfalls ist die Methode unserer Hüttenwerke, mit den Landkäufen zu unumschränkter Ferren über ihre künftigen Arbeiter zu werden, charakteristisch.

Die Röchlingischen Eisen- und Stahlwerke besitzen ebenfalls eine eigene Mine auf französischem Boden. Und zwar ist es die im Becken von Longwy gelegene 216 Hektar große Konzeption von Pulventeur. Sie ging am 29. April 1907 bei der Gründung der Société lorraine des minerais de fer in das Röchlingische Besitztum über.

Außer diesen Besitzungen sind deutsche Hüttenwerke sehr stark an den folgenden Minenkonzessionen beteiligt:

Mine	Flächinhalt in Hektar	Zahl der Arbeiter	Produktion von Eisenerz in Tonnen		
			1906	1910	1911
Jarmy	812	400	4 763	112 712	244 545
Murville	496	450	4 980	129 315	238 985
Moutiers	696	658	780 000	787 106	806 429
Conflans	820	—	—	—	—
Valleroy	686	496	—	—	141 520

An der Mine Jarmy, die im Süden des Minettegebietes in Ornebachin liegt, finden wir außer der französischen metallurgischen Gesellschaft Senelle-Maubeuge die deutschen Werke Höpfig, Hoelch und Gaspert Eisen- und Stahlwerke zu je einem Viertel interessiert. Die Société des mines de Jarmy arbeitet mit einem Kapital von 10 Millionen Franken und ihre Anlagen sind für eine jährliche Erzeugung von 1800000 Tonnen berechnet. Seit 1907, dem Jahre, wo sich die drei deutschen Hüttenwerke zu drei Vierteln an dem Unternehmen beteiligten, sind alle Vorarbeiten zur Erzeugung in aktiver Weise beschleunigt worden, so daß man sehr bald das Maximum der normalen Produktion erreicht haben wird. Die Leistung der Mine befindet sich jetzt fast nur in deutschen Händen.

Ebenso ist die Leitung der Société des mines de Murville, im Bassin de Landres gelegen, deutsch. Sie wurde ebenfalls mit einem Kapital von 10 Millionen Franken gegründet, an denen Senelle-Maubeuge zu einem Fünftel und der Lothringener Hüttenverein Lunéville zu vier Fünfteln beteiligt ist.

Die Mine von Moutiers, im reichen Bassin von Briey gelegen, ist eine der ertragreichsten Minen des ganzen Bezirkes. An ihr sind vier Gesellschaften zu gleichen Teilen interessiert: eine französische, zwei belgische und die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hüttenaktiengesellschaft. In ihrem Aufsichtsrat befindet sich Ingenieur Würth, ein Aufsichtsratsmitglied der Deutsch-Luxemburgischen Gesellschaft selbst.

An der Mine Conflans sind die Dillinger Hüttenwerke mit 70 Teilen interessiert. Das Grundkapital ist in 200 Teile zerlegt.

An der Société des mines de Valleroy sind zu gleichen Teilen die Acieries de Longwy und die Firma Röchling in Wöflingen beteiligt. Sie wurde mit einem Kapital von 10 Millionen Franken im Jahre 1906 gegründet und ihrem Aufsichtsrat gehören die leitenden Personen beider Firmen an. Röchling erhielt diese fünfzigprozentige Beteiligung an der Erzmine gegen eine fünfzigprozentige Beteiligung des Longwyer Stahlwerkes an seiner Kohlenmine Carl Alexander. Diese Vereinbarung ist ein klassisches Zeugnis für den Zustand, auf den wir schon eingangs hingewiesen haben und der in Zukunft in noch viel größerer Maße deutsche und französische Hüttenwerke aufeinander anweisen wird. Die Annäherung der beiden Länder und damit der europäischen Frieden wird durch diese wirtschaftlichen Notwendigkeiten zweifellos gefördert werden. Die Heuchelei und der Hurrapatriotismus, der von den Großindustriellen beider Länder trotzdem noch bei patriotischem Klimbim für „die Galerie“ getrieben wird, ist dabei nur von untergeordneter Bedeutung und nur für die Uneingeweihten berechnet. Geschäftliche Interessen internationalisieren in immer höherem Maße die dies- und jenseitigen Hüttenwerke, und diese Außerachtlassung der Grenzpfähle wird in letzter Linie den internationalen Friedensbestrebungen des Proletariats nur von Nutzen sein.

Bevor wir nun das Minettegebiet verlassen, um die Besitzungen deutscher Hüttenwerke in der Normandie festzustellen, ist es ganz zweckmäßig, auch einen kurzen Blick auf die Zusammensetzung der Arbeiterklasse zu werfen, die in diesen vor 15 Jahren noch rein ländlichen Bezirken den phosphorhaltigen Eisenstein dem Erdboden entreißen wird. Frankreich mit seiner zurückgehenden Bevölkerungszahl liefert nicht die notwendigen Arbeitskräfte für diese neuen industriellen Bedürfnisse; die Bergwerksverwaltungen wenden sich deshalb an das Ausland, um den einheimischen Mangel an Arbeitern auszugleichen. Wie in Deutschland sind es auch im Departement Meurthe et Moselle vor allem Italiener, die den größten Prozentsatz der Bergarbeiter stellen. Und im Bassin Briey, wie überhaupt an französischen Minettegebieten, ist das Verhältnis der italienischen Arbeiter zu der Gesamtzahl der beschäftigten Personen ein viel größeres als in Deutsch-Lothringen. Während man dort im Durchschnitt mit 40 Prozent italienischen Arbeitern rechnet, kommen hier 60 bis 65 Prozent in Betracht. Auf sechs Minen mit 3317 Arbeitern, deren Belegschaft A. Hottenger (Le Bassin de Briey) im Jahre 1910 zusammenstellte, war das Verhältnis der Italiener, Franzosen und übrigen Ausländer das folgende: 2031 Italiener 61 Prozent, 849 Franzosen 25 Prozent und 437 andere Ausländer 13 Prozent. Das

Comité des Forges de France (die Vereinigung der französischen Großeisenindustriellen) unterstützt und unterhält Rekrutierungsagenturen in Norditalien, um immer frische Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben. Nach den Anmeldeungen der im Bezirk Brien beschäftigten Ausländer waren in den Jahren 1910 und 1911 Personen folgender Nationalitäten vertreten: Italiener im Jahre 1911: 28820 (28993 im Jahre 1910), Belgier 9391 (9302), Deutsche 8699 (7488), Luxemburger 9019 (3366), Österreicher 696 (805), Russen und Polen 230 (203), Schweizer 235 (284), andere Nationen 254 (170). Dieses bunt zusammengesetzte Proletariat macht über 88 Prozent der Gesamtbevölkerung des Bezirkes aus. An gewerkschaftliche Organisation ist natürlich hier in diesen Gebieten überhaupt noch nicht zu denken. Selbst die Elemente fehlen unter der Arbeiterklasse fast vollständig und dazu kommen noch die Sprachschwierigkeiten bei der Agitation und die Unmöglichkeit, Versammlungsfälle zu erhalten. Alles ist von der Mine abhängig und jeder Versuch nach gewerkschaftlichem Zusammenschluß wird unerbittlich mit Entlassung, wirtschaftlichem Boykott, Kündigung der Wohnungen u. s. w. geahndet. Hier herrscht der Unternehmerterror in seinen grausamsten Formen und unsere französischen Kollegen vom Bergarbeiter- und vom Metallarbeiter-Verband stehen dieser Macht vorläufig noch ohnmächtig gegenüber.

Die Normandie.

Dieselben Ursachen, die eine relativ leichte Erwerbung von Erzminen im Departement Meurthe et Moselle durch deutsche Hüttenwerke ermöglichten, finden wir auch in der Normandie vor. In dieser industriell zurückgebliebenen Provinz, deren Erzvorkommen schon jahrhundertlang bekannt war, wurde nach der großen Revolution alles Suchen nach Eisenerz aufgegeben. Selbst die französischen Geologen schenken der Normandie keine Beachtung mehr bei Aufstellung ihrer Theorien über die Erzvorkommen. Erst in neuerer Zeit, etwa in derselben Periode, in der man den Erzreichtum im Bassin von Briey entdeckte, wurden die Bohrungen wieder aufgenommen. Nach deren Resultaten schätzte Nicou das Erzvorkommen der Normandie auf 110 Millionen Tonnen; andere Geologen gehen sogar noch weiter und nehmen an, daß diese Schätzung weit unter der Wirklichkeit stehe, daß das Bassin der Normandie etwa 700 Millionen Tonnen Eisenerz enthalte. Wie dem auch sei, jedenfalls steht fest, daß im Gegensatz zu den französischen Großeisenindustriellen ausländische Hüttenwerke und auch sonstige unternehmungslustige Kapitalisten sehr schnell den Wert der neu entdeckten Erzlager erfaßten und in deren Besitz zu gelangen suchten. Nach den Mitteilungen von L. Bruneau befinden sich von den 16049 Hektar Erzfeldern 7295 Hektar, also fast die Hälfte, entweder in deutschem Besitz, oder zum mindesten wird das gewonnene Erz auf Grund langfristiger Verträge nur an rheinisch-westfälische Hüttenwerke abgegeben. Für verschiedene Minen, die sich jetzt in ausländischen Händen befinden, weist er dokumentarisch nach, daß die Trägheit der französischen Industriellen und der Mangel an ausdauernden und methodischen Bohrungen ertragreiche KonzeSSIONen für einen Spottpreis an ausländische Gruppen verkaufen ließ. In anderen Fällen war es das fehlende französische Kapital, das die Erwerbung ermöglichte. Bruneau stellt die folgenden KonzeSSIONen zusammen, an denen deutsche Hüttenwerke beteiligt sind:

Minentonzession	Ausdehnung	Besitzer
Jurques	365 Hektar	Gruppe von Poorter
Bourberouge	1322 "	
Mortain	1250 "	
Ondfontaine	559 "	
Saint-André	389 "	
Maltot	430 "	Phönix, Gasper und Deutsch-Luxemburgische
Bully	402 "	
Perrières	1480 "	Thyssen
Soumont	775 "	
Dielette	345 "	

Die Gruppe Poorter ist eine holländische Gesellschaft, die durch die Société française de mines de fer Besitzer der vier Minen ist. Das gewonnene Erz mit einem Eisengehalt von 40 bis 45 Prozent wird ausschließlich ab Rotterdam durch Schlepplähne direkt nach Rheinland-Westfalen geführt. Nach l'Information vom 19. März 1912 ist die Erzförderung der Mine Jurques von 100000 Tonnen jährlich für vorläufig zehn Jahre von Thyssen gekauft worden. Krupp steht in Verhandlung zur jährlichen Lieferung von 200000 Tonnen von der Mine Bourberouge, und Stinnes verhandelt wegen derselben Mine. Er hat sich nach l'Information erboten, die Direktion des Bergwerks zu übernehmen. In Mortain und Ondfontaine sind die Vorarbeiten zur Erzförderung noch sehr weit zurück und deshalb kommen nur die zwei erstgenannten Minen in Betracht, deren gesamte Förderung an deutsche Hüttenwerke geht.

Saint-André, Maltot und Bully befinden sich nach Bruneau vollständig in deutschen Händen. Unter ihren Erfindern sind Ingenieur Würth von der Deutsch-Luxemburgischen, den wir schon im Aufsichtsrat der Mine Moutiers im Bassin von Briey fanden; René Berken und Pierre Crépy, Aufsichtsratsmitglieder von Saray und Marville, an denen Phönix, Gasper, Hoefch und Almes-Friede überwiegend beteiligt sind, und de Baczo aus Dortmund.

Thyssen besitzt die KonzeSSIONen Perrières, Soumont und Dielette in einer Ausdehnung von 2578 Hektar. Am 21. Oktober 1901 gründete er die Société minière et métallurgique du Calvados zur Ausbeutung der KonzeSSION von Perrières, die infolge finanzieller Schwierigkeiten ihres Besitzers sein Eigentum wurde. Am 26. März 1907 ging bei der Gründung der Société des mines de Soumont diese Mine ebenfalls infolge finanzieller Schwierigkeiten in das Thyssensche Eigentum über und einen Tag später, am 27. März 1907, erwarb er bei einer Versteigerung für 20000 Franken die KonzeSSION Dielette. In den Aufsichtsräten der drei Gesellschaften befinden sich fast dieselben Personen: Ingenieur Forten von Metz, Direktor Rabes von Bruchhausen und Ingenieur Solacroup (Paris), kehren regelmäßig wieder. In der Société des mines et carrières de Flamonville, die die Ausbeutung der KonzeSSION Dielette betreibt, ist übrigens Fritz Thyssen selbst vertreten.

Thyssens Plan ist, außer den Bergwerkbetrieben auch ein großes modernes Hüttenwerk zu errichten, und zu diesem Zwecke gründete er in Verbindung mit den Etablissements de constructions mécaniques (anciens établissements Cail) am 30. Mai 1910 die Société des hauts-fourneaux et aciéries de Caen. Unser Kollege Herrheim, der in Nr. 511 der Voix du Peuple am 17. Juli 1910 diese Gründung einer eingehenden Würdigung unterzog, schreibt dazu: „Für ihre deutschen Werke brauchen die Thyssen die so reichen Eisenerze der Normandie. Die Frachtschiffe müßten nun von Ruhrort leer zurückkehren und würden dadurch in unnützer Weise den Preis des Erzes erhöhen. Bringen sie aber Kohlen für das neue Hüttenwerk, so wird eine doppelte Ersparnis erzielt. Erstens für den Transport des Eisenerzes und zweitens für die Produkte der neuen Stahlwerke. Und diese Erwägungen haben zweifellos Thyssen veranlaßt, die Errichtung eines großen Hüttenwerkes in Calvados in die Wege zu leiten.“

In französischen industriellen Kreisen werden die Besichtigungen deutscher Hüttenwerke in Frankreich verschieden beurteilt. Die Handelskammer von Nancy findet die Besichtigungen und Beteiligungen deutscher Werke sehr erklärlich und auch gerechtfertigt. Sie weist auf den Kohlenmangel Frankreichs hin, der die französische Großeisenindustrie immer mehr veranlaßt, Beteiligungen an den deutschen Kohlengruben

zu suchen, denen dann als selbstverständlicher Ausgleich Beteiligungen an französischen Erzgruben gegenüberstehen müssen. Der Vorsitzende der Handelskammer von Caen schreibt: „Was interessiert uns die Fertigkeit der Industriellen, die in den letzten zwanzig Jahren in der Umgebung von Caen entstanden sind. Die Zukunft der Städte liegt heute in der Bedeutung ihrer Industrie. Begünstigen wir demnach den industriellen Aufschwung bei uns und lassen wir das neue Kapital ungehindert eindringen. Die Inwertsetzung unserer Minen, die bisher unproduktiv dalagen, durch irgendwelche Initiative kann nur nützlich für unser Land sein.“ Und in dem Bericht derselben Handelskammer von 1910 lesen wir: „Wenn unsere Kapitalisten erst den Erfolg der Bergwerksunternehmungen sehen, werden sie keine Angst mehr haben. Aber um dieses Resultat zu erreichen, dürfen wir nicht denen die Erfolge ihrer Mühen nehmen, die kühner und weitausschauender sind als wir. Wir dürfen die projektierte intensive Ausbeutung der Minen nicht zurückweisen oder entmutigen, denn die Zukunft unseres Landes, der Reichum unserer Stadt sowie die Entwicklung unseres Departements hängt davon ab. Begünstigen wir die neue Industrie und kümmern wir uns nicht um ihre Herkunft.“

Diesen Stimmen stehen andere gegenüber, die das deutsche Eindringen als nationale Gefahr bekämpfen und die selbst gesetzliche Maßnahmen dagegen verlangen. Das Schreien nach dem Nachwächterstaat, der Abhilfe gegen die moderne Entwicklung bringen soll, ist übrigens auch in Frankreich ein charakteristisches Merkmal des kleinbürgerlichen Rentnerturns. Im Echo de Paris vom 19. Oktober 1907 schrieb man: „Die Gefahr ist tatsächlich vorhanden und wenn wir nicht mit Entschlossenheit dagegen handeln, wenn wir die Deutschen fortfahren lassen, sich nach und nach alle Minen anzueignen, so riskieren wir, daß in einigen Jahren unsere Nachbarn neun Zehntel der französischen Eisenproduktion in den Händen haben.“ Der Moniteur von Calvados vom 3. Januar 1912 schrieb: „In diesem Augenblicke erfordert die Minenfrage alle unsere Aufmerksamkeit, denn sie betrifft zu gleicher Zeit unseren Boden und unsere Industrie. Es mißfällt uns, zu sehen, daß die Deutschen zu ihren Gunsten die französische Erde ausbeuten. . . . Wird sind der Meinung, daß es eine Pflicht der Presse ist, die Nation über diese Zukunftsfahren aufzuklären, in die uns die Untätigkeit der Staatsgewalt und, es muß dies gesagt werden, auch die Apathie der industriellen Kreise stürzen, und deshalb werden wir nicht aufhören dagegen zu protestieren.“

Am Beginn unserer Darstellung (Nr. 8) erwähnten wir bereits die Zeitungslampagne, der sich auch die sogenannte meinungslose Informationspresse angeschlossen hat. Dieser patriotische Rummel ist nun unserer Meinung nach nicht auf den plötzlichen Entschluß einflussreicher französischer Kreise zurückzuführen, die deutschen MinenkonzeSSIONen auf französischem Boden zu verhindern, weil das Entwicklungsbedürfnis der französischen Industrie dies bedingte. Dahinter stecken nicht nationale, sondern ganz nackte materielle Interessen der französischen Kapitalisten. Seit einigen Jahren werden vom Staate keine MinenkonzeSSIONen mehr erteilt, weil das Berggesetz vom Jahre 1810, das kostenlos und in unbeschränkter Weise die Erzlager dem zuerkannte, der als Entbecker das erste Anspruchsrecht darauf hatte, nunmehr ungeändert werden soll. Ein Parlamentsbeschluss unterlag bis zur Neuordnung der Berggesetzgebung die Erteilung von KonzeSSIONen. Und da das neue Gesetz jedenfalls der Nation Rechte sichern wird, die den kapitalistischen Profit schmälern werden, arbeitet die Finanz- und die Großindustrie schon seit Jahr und Tag daran, den erwähnten Parlamentsbeschluss wieder aufzuheben. Durch parlamentarische Kräfte ist ihnen dies infolge der Wachsamkeit der sozialistischen Fraktion nicht gelungen, und deshalb suchen sie jetzt durch den Popanz der deutschen Invasions die öffentliche Meinung für die Minenfrage zu interessieren, um im gegebenen Moment die Erteilung der 150 KonzeSSIONen als einzige Hilfe für die Rettung der nationalen Industrie durchzubrüden. Dann wird die Verschärfung von neuem und für die Besitzer zu günstigeren Bedingungen beginnen können, und vor allem werden dann die Abgaben unterbleiben, die der Staat für die Erzgewinnung fordern könnte. Alle diese Ausflüchte sind die wirklichen Gründe des plötzlichen Interesses, das die große Presse im Auftrage vermöglicher Interessenten der Minenfrage und dem deutschen Eindringen entgegenbringt.

Von gewerkschaftlicher Seite ist es besonders unser Kollege Herrheim, der mit leidenschaftlichem Interesse die neueste Entwicklung der Großeisenindustrie Frankreichs verfolgt und der seiner Genugtuung über das Eindringen der deutschen Hüttenwerke in die französischen Minenbezirke unverhohlen Ausdruck gibt. Er erhofft davon eine Aufmunterung und Neubelebung der französischen Metallindustrie, eine Erneuerung ihrer veralteten Produktionsmethoden und dadurch auch ein neues regeres Leben in allen ihren Zweigen. Die Rückwirkung dieses neuen Geistes wird dann auch das französische Gewerkschaftsleben in bestimmender Weise beeinflussen und neue Methoden und Organisationsformen zur Notwendigkeit machen. Die deutschen Metallarbeiter haben zweifellos ein Interesse an der Entwicklung all dieser Faktoren, denn das innige Zusammenarbeiten deutscher und französischer Metallindustrieller wird in Zukunft die Metallarbeiterorganisationen beider Länder bestimmen, die Organisation und Propaganda gemeinsam in diesen Gebieten zu betreiben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.
Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 2. März der 10. Wochenbeitrag für die Zeit vom 2. bis 8. März 1913 fällig ist.

Für die Bezirksleitung im 8. Bezirk wird ein zweiter Hilfsarbeiter zu möglichst baldigem Eintritt gesucht. Die Anstellung erfolgt gemäß den Bestimmungen des § 31 Abs. 4 des Verbandsstatuts. Der Gehalt regelt sich nach den Beschlüssen der Münchener Generalversammlung. Die Bewerber müssen in schriftlichen und rechnerischen Arbeiten durchaus bewandert sein und rednerische Befähigung haben. Aus der Bewerbungsschrift muß das Alter, der Beruf und Familienstand des Bewerbers ersichtlich sein; ferner ist über die seitherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung Aufschluß zu geben. Als Ausweis über die Verbandszugehörigkeit ist das Mitgliedsbuch oder eine Bescheinigung der zuständigen Verwaltungsstelle einzufenden. Bewerbungen um den Posten sind bis zum 8. März 1913 an die Adresse der Bezirksleitung Frankfurt-Gleichensheim, Haberlinstr. 14, zu richten.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet: Der Verwaltungsstelle Rempten 10 3/4 anstatt 5 3/4 pro Woche vom 1. April an; der Verwaltungsstelle Klostorf 15 3/4 anstatt 10 3/4 pro Woche. Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt: Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Aachen: Der Former Heinz Zimmermann, geb. am 2. März 1881 zu Aachen, Buch-Nr. 897 205, wegen unfolgsamem Verhalten.

Aufforderung zur Rechtfertigung.
Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Bannken: Der Schlosser Oskar Zobel, geb. am 12. Februar 1884 zu Bann, Buch-Nr. 2,092 898, wegen Diebstahl.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin: Der Dreher Willi Boske, geb. am 8. Juni 1885 zu Berlin, Buch-Nr. 1,982 103.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Wehlar: Der Monteur Wilh. Schmidt, geb. am 6. September 1889 zu Freilich, Buch-Nr. 2,012 922, wegen betrügl. Manipulationen.
Buch-Nr. 1,552 687 des Schlossers Anton Reindel, geb. am 16. März 1890 zu München, ist behufs Nichtigstellung einzufenden.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüststraße 16a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rüststraße 16a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.
Mit kollegialen Gruß
Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zugug ist fernzuhalten:

von Drahtziehern nach Dortmund (Eisenindustrie zu Menden und Schwerte) D.; nach Niederlahnstein (Firma G. S. Schmidt, Drahtgeflechtwerke) D.; nach Bismar (Firma Müller) D.; von Elektromotoren nach Wabblingen (Stadt. Elektrizitätswerke) D.; von Feilenhäutern und Feilenhäutern nach Kall-Höhenberg bei Köln (Feilenfabrik G. Lang) W.; nach Wülheim a. Ruhr (Fa. G. Henig) D.; von Formern, Siebherstellern u. Fernmachern nach Dortmund (Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten- u. G. Stahlgießerei) D.; nach Düsseldorf (Fa. Ernst Schieß) D.; nach Herte (Firma Maschinenfabrik Weien) W.; nach Lindeburg (Sonderwerk) D.; nach Danabrück (Fa. Brück, Kretschl. & Co.) St.; von Gold- und Silberarbeitern, Pressern, Bismutieren und Silbbarbeitern nach Norwegen, W.; von Graveuren und Hüttenarbeitern nach Gablons; von Kesselschmiedern nach Lindeburg (Eisenwerk) D.; nach Stralsund (Pommersche Eisengießerei und Maschinenfabrik); von Metallarbeitern aller Branchen nach Apenrade (Kleinbahnwerkstätte) W.; nach Arnstadt i. Thür. (Firma Hub. Len) W.; nach Barmen (Firma Fröhlich & Klüpfel, Maschinenfabrik) D.; nach Berlin (Deutsch-Österreichische Geldschrank- und Automaten-Gesellschaft, St. und Firma Röber & Neuber) St.; nach Düsseldorf (Rhein. Metallwaren- u. Maschinenf. u. G.) L.; nach Eger (Böhmen) (Premier-Fahrradwerke) St.; nach Guggenau (Fa. Bergmann) D.; nach Geselesberg (Schloss- und Baubeschlagsfabrik Westfalia) v. St.; nach Königsberg (Union) W.; nach Lauringen bei Augsburg (Fa. Köbel & Böhm) D.; nach Pirmasens (R.); nach Rotterdam in Holland (L.); nach Stuttgart-Ludwigshafen (Firma Wagner & Keller und Firma Santaria) St.; von Planierern und Emailauftragern nach Hattem in Holland. (Die mit U. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; W.: Auslieferung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; N.: Lohn- oder Arbeitsbedingung u. s. w.)
Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperrern müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.
Vor Arbeitseinnahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungsstelle, der das Mitglied angehört, abzusenden zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Drahtarbeiter.
Hamburg. Undant ist der Welt Lohn! An dieses Sprichwort wird jedenfalls der Drahtziehermeister Wagner bei der Firma H. C. Wulf in Eidelstedt bei Hamburg denken. Die Kollegen erinnern sich, daß wir 1912 vom 15. Juni bis zum 20. Dezember einen hartnäckigen Kampf gegen die genannte Firma geführt haben. Bei diesem Streik war es Wagner, der in der aufopferungsvollen Weise bestrebt war, der Firma Arbeitswillige zu besorgen. Es gelang ihm ja auch, einige dieser nützlichen Elemente zu kapern und damit wurde der Betrieb in „vollem“ Umfange aufgenommen. Die Arbeitswilligen haben es aber im Bunde mit Wagner in ganz kurzer Zeit fertig gebracht, daß die Firma ihren Drahtzug vollständig einstellen muß. Und um es kurz zu sagen: Wagner muß die Stätte seines Wirkens verlassen und mit ihm eine Anzahl Gleichgesinnter. So vergeht die Herrlichkeit bei der Firma H. C. Wulf. Herr Paulsen scheint jedoch noch nicht vollständig kuriert zu sein; verlangt er doch nach wie vor, daß alle in den Betrieb Neuentretenden sich dem gelben Verband anschließen. Wir machen die Kollegen besonders auf diesen Umstand aufmerksam. Nach wie vor ist deshalb die Firma H. C. Wulf, Drahtwerk in Eidelstedt bei Hamburg, gesperrt.

Hüttenarbeiter.
Zwickau i. S. In der Anigina-Marienhütte in Caïnsof ereignen sich recht erbauliche Dinge, die auf eine außerordentliche Geringschätzung der Arbeiter durch die Beamten schließen lassen. In einigen Betriebsabteilungen läßt die Behandlung der Arbeiter viel zu wünschen übrig. Darauf und auf die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist es zurückzuführen, wenn das Werk fortgesetzt unter Arbeitermangel leidet, trotzdem sich die Verwaltung die größte Mühe gibt, Arbeitskräfte heranzuziehen. Die Arbeiter, die auf die Arbeitsangebote der Hütte hinretten, geben in der Regel nur eine ganz kurze Gastrolle, um dann möglichst schnell das Werk wieder zu verlassen. So verließen am Freitag voriger Woche gleich 12 Mann aus der Schienenhalle den Betrieb, weil der Obermeister Alois Seidel einige Leute aus ganz nichtigem Anlaß beschimpfte. Die Leute hielten ihre Wespertaste, die nach der Arbeitsordnung eine halbe Stunde dauert. Nach 20 Minuten gab der Obermeister jedoch schon das Signal zum Wiederbeginn der Arbeit. Weil nun einige Arbeiter nicht sofort bei der Arbeit waren, da ihre Pause noch nicht beendet war, fuhr er zunächst diese an, ob sie etwa extra noch eine Einladung haben wollten. Als nun ein Arbeiter Herrn Seidel darauf aufmerksam machte, daß die Wespertaste noch nicht beendet sei, fing Seidel in folgender Weise zu schimpfen an: „Du alter hässliche Dausjungel!“, „Du roter Hund!“, „Du Misttrüffel, wenn Du doch auf der Stelle verrecken tätest!“, „So hau' Dir gleich eine Schwelle ins Kreuz!“ Das Obermeister Seidel auch vor Täuschlichkeiten nicht zurückschreckt, dafür wollen wir von mehreren nur einen Vorgang als

Beweis anführen. Es war kurz vor Weihnachten, wo Seibel mit einem Arbeiter, der Schenkel richtete, eine Differenz hatte. Bei diesem Anlaß ging Seibel mit einem heißen Winkel auf den Arbeiter los und schimpfte ihn folgendermaßen an: „Seh weg, Krüppel, sonst spieß' ich Dich auf!“ Wäre der Arbeiter nicht zur Seite getreten, dann hätte Seibel ihm wahrscheinlich den Winkel in den Leib gerammt. Herr Seibel ist nicht der einzige Beamte, der erwachsene Arbeiter auf diese Weise behandelt. Im Walzwerk rief der Obermeister Richter einmal dem Arbeiter Reuber zu: „Wenn Dir doch mal ein glühender Stab durch den Krangengingel!“ Nun, der fromme Wunsch dieses Gemütsmenschen, der in der Königin-Marien-Hütte die Stelle eines Obermeisters bekleidet, ist leider nur zu bald in Erfüllung gegangen. Im März 1913 wurden ebenfalls in der vorigen Woche eine Anzahl Arbeiter gemohregelt und mit Geldstrafen von 3 bis 5 M. belegt, und zwar durch den Betriebsingenieur Dr. Görtner. Beim zweiten Ofen, der, solange er in Betrieb ist, nicht recht ging, dauerten die Chargen etwas länger als gewöhnlich. Darum die hohen Strafen. Der erste Schmelzer wurde auf den Platz versetzt und dadurch in seinem Lohn um die Hälfte reduziert. Dieser Arbeiter hat gleich am ersten Tage seiner Tätigkeit auf dem Platz ein Bein gebrochen. Auf den Platz versetzt ist die härteste Strafe, die einen Arbeiter treffen kann. Das wissen auch die Beamten und wenden diese Maßregel darum auch in ausgiebigstem Maße gegen jeden Arbeiter an, der sich nur irgendwie mißfällig gemacht hat. Alle Arbeiter, die schon viele Jahre vor dem Ofen gearbeitet haben, werden plötzlich von ihrer Arbeit, die sie in einer unbeschreiblichen Gluthitze verrichten, weggenommen und bei Wind und Wetter auf den freien Platz geschickt. Das dadurch die Gesundheit dieser Arbeiter gefährdet wird, ja diese durch eine solche Maßregel direkt untergraben werden kann, kümmert die Herren nicht. Arbeiterknochen sind ja billig. Dieses Spiel mit der Gesundheit der Arbeiter trägt zweifellos mit dazu bei, daß der Gesundheitszustand der Arbeiter im Hüttenbetrieb ein so außerordentlich schlechter ist und daß gerade unter diesen Arbeitern sich verhältnismäßig so viele befinden, die in ihrem besten Mannesalter schon invalide sind. Auch sonst noch wendet man die ungeschönsten Mittel an, um die Arbeiter gefügig zu machen und sie zu übermenschlichen Arbeitsleistungen anzuspornen. In der Kohlerei hat der neue Betriebsleiter geglaubt, sich am besten dadurch einführen zu können, daß er die üblichen Zuschläge für die Sonntagsarbeit um die Hälfte herabsetzte. Die Arbeiter, die diese Maßregel nicht widerspruchslos hinnehmen, wurden einfach zwei Tage nach Hause geschickt und ihnen der Lohn für diese zwei Tage abgezogen. Es ist bezeichnend für unsere sozialen Zustände und zeigt, wie herabstufend es ist, daß die Arbeiter nicht in das ungeteilte Loblied auf unsere soziale Versicherung einstimmen, wenn jeder beliebige Unternehmer oder seine Helfershelfer die Arbeiter beliebig auszunutzen oder sie an ihrer Gesundheit schädigen können. Da werden alljährlich tausende Summen an Geld und Arbeitskraft von den sogenannten staatsverherrlichenden Parteien aufgewendet, um der Gerechtigkeit der Sozialdemokratie Einhalt zu tun und die Arbeiter für die nationale Sache zu gewinnen. Oftmals sind es dieselben Leute, die in der Öffentlichkeit sich dieser Aufgabe widmen, in ihrem Betrieb aber den Boden mit bereiten helfen, auf dem die Saat der Sozialdemokratie gedeiht. Das dürfte doch jedem Menschen, der noch über gesunde Sinne verfügt, einleuchten, daß durch eine derartige Behandlung der Arbeiter, wie wir sie vorstehend bei weitem noch nicht erschöpfend geschildert haben, diese sich der nationalen Sache abwenden müssen und die sogenannte nationale Verteidigung nur als nationalen Schwindel bezeichnen, wenn gerade die Träger und Förderer eines solchen Ausbeutungssystems die lautesten Rufe im Streit gegen die antinationale Sozialdemokratie sind.

Klempner.

Bergeborj. Das Bergeborjer Eisenwerk, A.-G. (Straßwerk in Sande bei Bergeborj) will nun auch mit den Firmen zählen, die in der Metallarbeiter-Zeitung verewigt sind. Nachdem man es in allen Abteilungen des Werkes, mit Ausnahme der Klempnerei, mit der Niederdrückung der Affordpreise versucht hatte (in den meisten Fällen auch mit Erfolg), hat man sich nun auch der Klempnerei gewandt. Vielleicht nicht ohne einiges Grauen. Denn bevor man ans Werk ging, mußte erst der letzte Meister gegangen werden. Dieser verließ das Werk, weil er zu unzufrieden ist, sich zum Rentebetrüder herzugeben. Für ihn sollen zwei andere Herren, frühere Verbandsmitglieder, diese Arbeit machen. Einer dieser neuen Meister weiß nun den Arbeitern die Arbeit in demselben Unteroffiziersstanz an, mit dem er früher den Kollegen die Weiten las, wenn sie sich nicht mit aller Macht gegen eine Verschlechterung wehrten. Der zweite Meister, Wäje, kam von Gildesheim zu uns. Als er noch Klempnergehilfe war, verschmähte er nicht, den Posten eines Unterleiters zu bekleiden, der einen kleinen Verdienst abwirft. Dieser Mann bringt es jetzt fertig, seinen früheren Kollegen das Leben jamer zu machen. Doch nun zu der Klageleistung, die diese beiden Herren Meister fertiggebracht haben. Im neuesten Katalog der Firma finden wir gleich vorne einen Zettel mit der Bemerkung, daß die Firma infolge der gesteigerten Löhne und Rohmaterialien z. B. sich gezwungen sehe, auf verschiedene Artikel Zuschläge von 5 bis 10 Prozent zu machen. Tatsache aber ist, daß die Firma seit Jahr und Tag versucht, die Affordpreise zu drücken, darum ist die Behauptung von den gesteigerten Löhnen eine solche, die ihregeglichen ist. Ein recht deutlicher Fall beweist das. Für *Astra-Bortwässer* und *Passat Mark O.N.* bekam ein Klempner 57,50 M. Das war der Firma zu teuer, was ließ sich Herr Wäje herbei und machte einen solchen Apparat vor. Der Bestand, den er durch alle möglichen Anstrengungen anfertigte, bewies, daß der Preis bedeutend reduziert wurde. Wenn man das mit der Ankündigung im Katalog der Firma vergleicht, dann weiß man ohne weiteres, daß von Lohnsteigerungen keine Rede sein kann. Es wird aber auch noch in den anderen Abteilungen abgezogen. Die Leuchten sind natürlich die Aktivposten. Die im letzten Geschäftsjahr verteilte Dividende soll ja „nur“ 7 Prozent betragen haben. Doch kommen wir noch einmal zu den Klempnern zurück. *Abziehen, nein, das wollen wir nicht!* — sagte der Herr Direktor einmal zu einem Organisationsvertreter — „nicht abziehen wollen wir, sondern uns „preisregulierend“ widmen, damit wir konkurrenzfähig bleiben können.“ Um die letzte Dividende zu sichern, macht man einen nicht mehr ganz neuen Scherz. Man glaubt nämlich, man die Meister und Wäje aus den Reihen der Arbeiterkassen nimmt, inwiefern man einen Stell in diese. Aber daß das hier nicht der Fall ist, hat ihnen der Erfolg der Klempner bewiesen. Der Erfolg nämlich, daß trotz des Klempnermeisters, des Verbandsmeisters und des Klempnergehilfen aus der Klempnerei nichts gewonnen ist. Die Klempner sind der Meinung, daß, bevor sie sich die Löhne so verschlechtern lassen sollen, sie lieber einen Kampf machen, was er ihnen nicht so will. Beschlossen sind in dieser Sache die Worte des Herrn Direktors, der bei einer Preisregulierung einmal gesagt haben soll: „Meine Herren, alles in Ruhe!“ Das heißt: spielen laßt ihr, aber es darf nicht zum Streit kommen. — Wer sich vor Schaden bewahren will, ziehe die Leuchte aus seinen Zellen.

Metallarbeiter.

Am 2. Sept. (Zur Wendener Metallarbeiter-Zusammenkunft) Sonntag den 16. Februar 1913 lagte hier zur *„Christlichen“* Metallarbeiter-Verbandsversammlung die Tagesordnung lautet: „Des wendener Metallarbeiter-Verbandes des sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes bei der Metallarbeiter-Zusammenkunft in Wenden.“ Die Zusammenkunft war beendet und jetzt lag es Mitgliedern des christlichen Verbandes, des Wendener Metallarbeiter-Verbandes, der christlichen Gewerkschaften und Metallarbeiter-Verbandes, der christlichen Gewerkschaften in Wenden. Dieser Beschlusse, daß sich gegen die christliche Arbeiterkassen habe der Wendener Metallarbeiter-Verband und die Sozialdemokratie der Bewegung in Wenden von Beginn an kämpft zu führen die Preise zu senken. Eine Arbeitslosigkeit machte sich dieser Zusammenkunft

leicht. Alle in letzter Zeit in der schwarzen Schwindelpresse gebrachten Behauptungen wurden wiedergelaut. So behauptete der Herr auch, in Wenden sei eine ganze Anzahl Mitglieder des Wendener Metallarbeiter-Verbandes nur durch hingende Münze bewegt worden, wieder abzureisen. Durch Zwischenschritt aufgefordert, Namen zu nennen, erklärte er, die Namen gingen in die Hunderte, deshalb könne er keine nennen. Eine nette „Bemerkung!“ Im Verdrach von Tatsachen war der Streit groß um die Schlichtigkeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zu beweisen, wurden alle alten Kamellen hervorgeholt. Aussprüche von Auer und anderen Genossen mußten herhalten. Den Schluß krönte er mit der Behauptung: Wenn die Wendener Bewegung verloren gehe, trage der Wendische Metallarbeiter-Verband und die Sozialdemokratie die Hauptschuld. Dem Vertreter des Wendischen Metallarbeiter-Verbandes, Gewerkschaftssekretär Joseph Ernst (Hagen) hatte man eine Stunde Redezeit gemährt. Ernst bewies an Hand von Tatsachenmaterial, daß die Führer der „christlichen“ Gewerkschaften in diesem Kampfe ganz unfaßbar gehandelt hätten. Auch berichte er, daß die gesamte freiorientierte Arbeiterkassen Deutschlands den kämpfenden christlichen Arbeitern in Wenden ihre volle Sympathie entgegenbrächte und der Bewegung den vollen Erfolg wünsche. Die freien Gewerkschaften und der Wendische Metallarbeiter-Verband wendeten sich nur gegen das Verhalten der „christlichen“ Führer, die in diesem Kampfe versuchen, christliche streikende Arbeiter als Streikbrecher in andere Betriebe zu senden. Das Ubleugnen der „christlichen“ Führer wäre nicht, die Beweise für die Streikbrechervermittlung seien vorhanden. Es machte ersichtlich auch auf die anwesenden christlichen Arbeiter einen tiefen Eindruck, als Kollege Ernst an Hand der Originalerklärung des christlichen Mitgliedes Anton Weber nachweisen konnte, in welcher Weise bei der zweiten Erklärung Webers die schwarze Presse gefälscht hat. Zum Schluß seiner Ausführungen wollte der Kollege Ernst eine Resolution einbringen. Die „christliche“ Versammlungsleitung versuchte, ihn daran zu hindern. Der Protest der Versammlung zwang die Herren Christenführer aber, die Resolution verlesen zu lassen. Kollege Ernst verlas sie und ließ auch sofort darüber abstimmen. Mit Dreiviertelmehrheit wurde sie angenommen. Die Resolution lautet: „Die heute im Saale des Herrn Wibelitz zu Amnen tagende öffentliche, vom christlichen Metallarbeiterverband einberufene Versammlung verurteilt das schändliche Verhalten der christlichen Führer bei der Wendener Metallarbeiter-Zusammenkunft. Die Versammlung spricht den kämpfenden Wendener Metallarbeitern ihre volle Sympathie aus und wünscht ihnen im Interesse der gesamten Arbeiterkassen einen vollen Erfolg ihrer Bewegung; bedauert aber, daß durch das Verhalten der christlichen Führer der Erfolg der Bewegung in Frage gestellt wird.“ Nach einem kräftigen Spott auf den Wendischen Metallarbeiter-Verband verließen die Metallarbeiter die Versammlung. Keine 40 Mann blieben im Saal zurück. Während des Hochs auf den Wendischen Metallarbeiter-Verband sorgte der Leiter der Versammlung in seiner Verzweiflung für Humor. Er stand auf und nahm die Gegenprobe der Abstimmung vor. Die paar „Christlichen“, die noch saßen, weil sie nicht mit in das Hoch einstimmen wollten, standen nun auch auf, und strahlend erklärte uns der Vorsitzende der Versammlung die Resolution für — abgelehnt, da ja nun die gesamten Anwesenden standen. In dieser Versammlung wird mancher christliche Metallarbeiter das Verhalten seiner Führer verurteilt haben.

Dorfried b. Dortmund. Herr Hirtstiefer, der famose Biermann des Zentrums-Metallarbeiterverbandes, gab hier am 9. Februar eines seiner üblichst besessenen Hoffspiele. Durch massenhaft verbreitete Flugblätter sollten die christlichen Arbeiter zu einer großen Versammlung zusammengetrommelt werden. Der Erfolg entsprach jedoch nicht den gemachten Anstrengungen. Auf der Tagesordnung stand: Die Wendener Aussperrung und der Streikbruch des Wendischen Metallarbeiter-Verbandes.“ Da sich ein Teil unserer Kollegen einen gemehrten Vormittag verschaffen wollte, gingen sie hin, um dieser Versammlung beizuwohnen. Wir hatten auch den Kollegen Soffmeister (Herteloh) dazu eingeladen. Nach einer fürnischen Geschäftsordnungsdebatte billigte man Soffmeisters die Redezeit zu, wie dem Referenten. Und Hirtstiefer sprach. Kein, er schimpfte und tobte, daß seine eigenen Kollegen unglücklich wurden. Die ältesten Radenführer und Eideshelfer der freilebenden Christenheit wurden hervorgeholt: der Stahlwarenarbeiter, Weisenfuß und sonstige würdige Freunde der Christen marschierten auf, dahinter hagelten die beschriebenen Schlagwörter, die im Zentrums-Metallarbeiterverband besonders kultiviert werden: Lügner, Schuft, gemeiner Mensch, Speckhahn etc. Auch glaubte Hirtstiefer den Arbeitern von „beruflichen Gebirnen“ etwas erzählen zu müssen, denn der ihm jaßen jedes seiner Getreuen, die einen halben Schoppen in der Hand hatten. Dadurch glaubte er, den Streikbruch des Wendischen Metallarbeiter-Verbandes beweisen zu können und setzte sich schamlos nieder. (Zronidier Weisfuß.) Nach ihm nahm Kollege Hoffmeister das Wort, der in scharfer, von fortwährendem Zustimmung unterbrochener Rede das Verhalten der Zentrums-Metallarbeiterverbandes kenzeln wollte, wie von den Christlichen der Streikbruch systematisch betrieben würde und gab dann die Geschichte der Wendener Aussperrung, was Hirtstiefer leider verweigerte hatte. Er schloß seine nachge einmündigen Ausführungen mit dem Wunsch, daß es trotz der traurigen Haltung des Zentrums-Metallarbeiterverbandes den ausgesperrten Wendener Arbeitern gelingen würde, den Sieg zu erringen. Während der Ausführungen Soffmeisters langte Hirtstiefer auf der Bühne herum, wie einer, den man am Strick fängt. Kollege Bornmann wies nach, daß Hirtstiefer und sein Vorkamrad Oberhoffel die ungeschicktesten Führer seien. Das Gesicht Hirtstiefers verzog sich bedeutend, als Bornmann die eingeleitete Rede aufhörte, bei denen gerade Hirtstiefer mitgewirkt hatte. Es sei die Laktid der Christlichen, Unethik zu predigen, um dann bei einer verlorenen Sache anderen die Schuld zuzuschreiben. Die Ausführungen von Soffmeister und Bornmann zeigten, daß Hirtstiefer den Kampf verloren hatte; er gab deshalb sofort dem Versammlungsleiter den Rat, die folgenden Redner nur fünf Minuten reden zu lassen. Der ganze Verlauf der Versammlung war eine blamable Niederlage des Zentrums-Metallarbeiterverbandes, besonders aber des Hirtstiefer. Als von anderer Seite die Kollegen aufgefordert wurden, den Saal zu verlassen, blieben nur noch 25 Personen zurück, darunter 8 Bergarbeiter und 4 Bauarbeiter. Wir machten 21 Remonstrationen, auch erfolgten zwei Uebertritte vom christlichen Metallarbeiterverband.

Gruppensitzung. Trotz großer Hindernisse hält doch noch Zuversicht und Wärme für gewerkschaftliche Bestrebungen sich bei den Arbeitern des Werkes Gupfahaus lebendig. Eine fürstlich einberufene Betriebsversammlung zeigte einen überraschend guten Besuch. Der Referent, Kollege Pfeiler, kritisierte die unethischen Zustände, die jedoch nur infolge mangelnder gewerkschaftlicher Organisation im Betrieb den höchst gefährlichen Charakter annehmen konnten. Es ist nicht leicht möglich, in der Schilberung der Arbeitsverhältnisse des Werkes zu überstreifen. Selbst einige Vertreter des Gupfahausberger gelben Gewerkschafts- und Demagogentums sehen mit zurückgehaltener Unwillen die Zustände sich entwickeln. Viele Arbeiter des Werkes müssen jetzt zur Zeit der Hochkonjunktur ihre letzte Kraft hingeben, und vielen heftet sich infolge des jetzt betriebenen Kampfes an der menschlichen Arbeitskraft der Reim von Krankheit und Elend an den Körper. Leider findet die Masse der Arbeiterkassen nicht die Energie, um gegen die demoralisierende Ueberbürdung und Nachtarbeitereier sich zu schützen. Kein Kampf will hin und wieder erforderliche Ueberarbeit verweigern, aber eine so unethische Inanspruchnahme des Arbeiters, wie sie auf dem Berg Gupfahaus vor sich ist, muß demagt werden. Selbst gegen den Willen der Arbeiter wird einer solchen Ausbeutung entgegengetreten werden. Gibt es doch Arbeiter, die in der Ueberbürdung der Ueberarbeit nicht genug bekommen. Zum Glück sind es verhältnismäßig wenige. Leider zwingen auch geringe Entlohnung und das Lebens Not viele Arbeiter, daß sie alle Regeln zur Erhaltung ihrer Gesundheit mit Füßen treten. Nach der Einleitung der Arbeitssache haben die Gupfahausberger Arbeiter den freien Samstag

tagsnachmittag, während die tägliche normale Arbeitszeit noch 10 1/2 Stunden beträgt. Welche ist es aber der Firma nicht ernst, den freien Samstagnachmittag auch zu gewähren. Dauern muß ein großer Teil oder auch alle Arbeiter am Samstag nachmittags arbeiten. Damit nicht genug, es wird auch gearbeitet bis Samstag nachts 12 Uhr oder bis Sonntag morgens 5 Uhr. Arbeiter, die die Firma 24 und 36 Stunden ununterbrochen sich abradern läßt, sind keine Seltenheiten. Leute, die um Mitternacht die Eisenbahn zur Heimfahrt benutzen, betreten oft schlafend den Eisenbahnhof. Nach Belohnungen der Arbeiter ist es in der Abteilung Waggonbau geradezu haarsträubend, wie dort geschuftet wird. Daneben wird der Verdienst bei den Metern als geradezu schlecht bezeichnet. Ein höchst eifertiger Vorarbeiter bei den Metern treibt mit den Leuten kein feines Spiel und sagt, er werde jeden Samstag mittags arbeiten lassen, auch wenn gar keine eiligen Arbeiten vorrücken seien! Borgekommen sei es schon, daß Arbeiter, die Samstag nachmittags nach Hause gegangen sind, für Montag und Dienstag zur Strafe mit Kusspeisen bedacht wurden. Soweit die Firma die Einstellung neuer Arbeitskräfte umgehen kann, tut sie es. Auch in der Auswahl bei etwaiigen Einstellungen läßt sie die größte Vorsicht walten. Sie kann es ja gut so machen, denn mit den schwach organisierten Arbeitern im Betriebe kann man nach Willen umspringen. Arbeiter! Wie lange noch? Tretet der Organisation bei!

Singen a. S. Vor einigen Wochen konnte man in den hiesigen bürgerlichen Zeitungen Lohndubeln über die Arbeiterfreundlichkeit der satum bekannten Direktion der Fittingswerke lesen. Die Ursache war, daß die Direktion den Kindern der Arbeiter eine Weihnachtsgeschenke bereitet. Ueber die Affordreduzierung, die erfolgt ist, wissen diese Blätter nichts zu berichten, da gilt bei ihnen der Grundsatz: Neben ist Silber, Schweigen ist Gold. Weil nicht so viel Arbeit da ist, daß nachgearbeitet werden muß, hat man wieder einmal angefangen, den Afford zu „regulieren“. Auf diese Weise will man die Arbeiter, die man gerne los sein möchte, aus dem Betrieb hinausbekommen. Wenn die Direktion den betreffenden Arbeitern kündigte, machte es keinen guten Eindruck, ihre Arbeiterfreundlichkeit und „belobte Humanität“ erlitt dann auch bei den Spitekern einen Stoß. In der Schleiferei nun, die an und für sich nicht zu den modernsten gehört, muß ein Arbeiter, wenn er in einer Lohnperiode 40 bis 45 M. verdienen will, ordentlich draufloskämpfen. Trotzdem hat man einige Sorten um 50 Prozent, im allgemeinen im Durchschnitt um 20 bis 25 Prozent reduziert, parbo, „reguliert“. Als Freitag, 14. Februar, die Affordkurve ausgegeben wurden, waren die Arbeiter natürlich empört. Nun sollten die sonst so verwünschten Gewerkschaften helfen, was jedoch unterließ, weil in dieser Abteilung größtenteils Unorganisierte beschäftigt sind. Ein paar Heißhorne aber meinten, sie wären den Fittingswerken unentbehrlich und machten deshalb ihren Einfluß dahin geltend, daß ein Puff über sogenannte wilder Streik, wie solche in den Fittingswerken schon mehrmals vorgekommen sind, versucht werde. Am 3. dann aber von der Betriebsleitung erklärt wurde: morgen ist Samstag, da könnt ihr kündigen, gingen alle an die Arbeit zurück. Es hat sich auch hier wieder gezeigt, daß das wilde Streiken nicht nur nichts nützt, sondern noch schadet. Wären die Schleifer sich organisiert, hätten sie den Angriff abwehren können, so aber verachtet sie die Direktion noch mehr als bisher. Unsere Verbandskollegen hatten auf Samstag den 15. Februar eine Versammlung einberufen, in der aber die Streiklustigen nicht erschienen. Die Arbeiter der Fittingswerke sollten doch endlich einsehen, daß nur eine straffe, geschulte Organisation etwas ausrichten kann. Darum rufen wir den Fernstehenden zu: Tretet ein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband, denn nur durch diesen könnt ihr eure Lage verbessern.

Schmiede.

Stralsund. Die Kesselschmiede der Pommeschen Eisengießerei und Maschinenfabrik hatten bisher bei einem Stundenlohn von 40 bis 45 M. gearbeitet. Das gestiel jedoch dem Herrn Direktor nicht mehr, er wollte Affordarbeit einführen und ließ zu diesem Zweck die Kollegen ins Kontor kommen. Die Kollegen waren nicht abgeneigt, in Afford zu arbeiten, verlangten aber Garantien, daß sie wenigstens auch ihren bisherigen Verdienst ausrechnen könnten. Der Herr Direktor versprach, einen Tarif auszuarbeiten und nachher noch einmal zu verhandeln. In der folgenden Nacht muß aber der Herr Direktor einen schrecklichen Traum von der Begehrtheit der Kesselschmiede gehabt haben, denn früh um 6 Uhr mußten die Kollegen wieder ins Kontor kommen, wo sie den Befehl bekamen: Wer nicht bedingunglos in Afford arbeiten will, kann um 8 Uhr seine Bagere holen. Daraufhin haben die Kollegen aufgehört und in der Branchenversammlung beschlossen, die Sperre zu verhängen. Zugung ist fernzuhalten!

Rundschau.

Reichstag.

Bei der Führung unseres Postens vermehrt man schon seit Jahren den großen Zug. Unter der Herrschaft des dauerhaften Staatssekretärs Kräfte ist es langsam aber sicher verfeinert. Nur notgedrungen und langsam folgt die Postverwaltung der technischen Entwicklung mit ihren Einrichtungen, nirgends läßt sie eine lebhaft und fruchtbare Initiative erkennen. Welche Verbesserung in der Beförderung der Postsendungen, des Telephons, der Telegraphie ist in den letzten Jahren von der deutschen Verwaltung ausgegangen? Auch nicht eine einzige! Im Postschadowen finden wir um Jahre hinter anderen Staaten einher; die Verteilung der Zeitungen über das Land geschieht mit einer beschämenden Langsamkeit und auch die Briefbeförderung läßt viel zu wünschen übrig; die nützliche Zweipennigpostkarte im Lokalverkehr hat man abgeschafft, sobald die Vermichtung der privaten Lokalposten die Möglichkeit der Konkurrenz beseitigt hatte; nach jahrelangem Fögern hat man sich endlich entschlossen, die sogenannten Brieftelegramme einzuführen, den Verkehr aber auf ein Duzend Städte beschränkt. Jeder Anregung einer wirklich energischen Verkehrsverbesserung fehlt der verantwortliche leitende Beamte einen zähen und nicht einmal geheimen Widerstand entgegen, da er offenbar auf dem Standpunkt steht, es sei besser, aus einem zurückgehaltene Verkehr hohen Profit herauszuwickeln, als entschlossen den Forderungen des Tages Rechnung zu tragen. Dabei hat der Staatssekretär allerhand unbenutze Schatzkammerantennen an sich, tritt das Koalitionsgesetz seiner Angestellten direkt mit Füßen und gibt sich mit Vorliebe einer unpassenden Nebenbeschäftigung, nämlich der Sozialistenstudien, hin.

Die Lohheit freilich, die Politik auch in ein an sich so völlig neutrales Gebiet, wie das der Post sein sollte, hineinzutragen, hat er in diesem Jahre scharf gebüßt, da eine erhebliche Mehrheit des Reichstages die seit mehreren Jahren gewährten *Postbeschlüsse* in Frage zu stellen. Die Postbeamten abgelehnt hat, obgleich die Regierung alle Mühen bringen ließ, um diese Einrichtung aufrechtzuerhalten. Die Einrichtung, den Beamten in den polnischen Landesteilen Preußens besondere Stellenzulagen zu geben, ist von Preußen ausgegangen. Zum Reiche hat man sie dadurch gewinnermöglichen legalisieren wollen, daß man sie schließlich für dauernd erklärte, ihnen also das Teindgeimäßige abzustreifen versuchte. Aber dadurch hat sich die Mehrheit des Reichstages erfreulicherweise nicht beirren lassen. Es gibt ja auch nur einen klaren Standpunkt zu der Angelegenheit: entweder reicht die Bezahlung der Postbeamten für ihren eigenen und ihrer Familien Unterhalt aus, dann sind die Ortsumlagenzulagen unnötig und tragen, als Skorpionengelder, nur zur Entwürdigung des polnischen Stamms bei; oder aber die jetzt gewährten Gehälter sind an sich unzulänglich, dann müssen sie ausnahmslos erhöht werden, nicht allein in den polnischen Distrikten, sondern über das

ganze Reich hin. Gegen diese strenge Logik konnte die Regierung und konnten die Katastrophen mit allen ihren Ausflüchten nicht aufkommen. Jetzt freilich werden die Zustände in Ostpreußen noch ungemüßlicher werden als bisher: die dort stationierten preussischen Beamten bekommen von Preußen ihre Dienstzulagen nach wie vor, die Reichsbeamten aber, die sich zweifellos in den letzten Jahren bereits an diese Bezüge gewöhnt und ihre Lebenshaltung darauf zugeschnitten hatten, müssen in Zukunft entbehren. Eine üble Situation, für die aber ganz ausschließlich unsere Polenstreifer und die ihnen allzu süßame Regierung die Verantwortung tragen.

Zum fünftenmal behandelte in der Berichtswache der Reichstag den Antrag des Zentrums auf Aufhebung des Jesuitengesetzes, oder besser gesagt, des Keines Gesetzes, der von dem Gesetz von 1872 gegen die Jesuiten noch bestehen geblieben ist. Der Antrag der ordnungsmäßigen Niederlegung der Jesuiten. Erst im Dezember 1912, kurz nach dem Wiederzusammentritt des Reichstags, wurde eine Interpellation des Zentrums über denselben Gegenstand aus Anlaß des zweifellos nach dem jetzigen Stande der Gesetzgebung widerrechtlich in Vorgehens des schwarzen Ministeriums Serling und seiner Zurückweisung durch den Bundesrat im Parlament verhandelt. Damals legte der Kanzler seine Ansichten dar, indem er betonte, daß zwar der gute Glaube des Zentrumsministeriums in Bayern nicht angezweifelt werden sollte, daß aber seine Auslegung des Gesetzes falsch sei und daß die Mehrheit des Bundesrats keine Neigung zeige, die Waffe des Ausnahmegesetzes gegen die Jesuiten aus der Hand zu legen. Auf diese Worte hin erklärte an jenem Tage der Führer des Zentrums, Herr Spahn, daß seine Partei ihr Verhalten zur Regierung „dementprechend einrichten“ werde. Gemäß dieser Kampfanlage hat das Zentrum seit dem Dezember seine politische Aktion eingerichtet. Wo immer sich Gelegenheit dazu fand, verfechtete es der Regierung einen Nachdruck, bereite ihre eine mehr oder weniger empfindliche Verlegenheit und zeigte dabei jene Struppelhaftigkeit, die schon früher der Reichsregierung peinlich auf die Nerven gegangen war. Nur in einem hat sich die Zentrumspartei zum Glück verrechnet: ihre Spekulation, daß die sozialdemokratische Fraktion unbeschadet jeden Mittelzug gegen die Regierung mitmachen werde, ist falsch gewesen. Mehr als einmal hat die sozialdemokratische Fraktion, namentlich in der Budgetkommission, aber auch zum Beispiel bei der Beratung des Petroleummonopols den Beweis geliefert, daß sie, frei von aller Kleinlichkeit, die politischen Dinge aus sich selbst heraus zu beurteilen entschlossen ist. Dieselbe freie und wahrhaft unbefangene Haltung bewies sie auch in der Erörterung über den Jesuitenantrag. Als grundsätzliche Gegnerin jedes Ausnahmegesetzes stimmte sie für den Jesuitenantrag, aber nicht, ohne daß ihre Redner mit stärkstem Nachdruck dem Zentrum seine Sünden vor Augen geführt hätten. Bei den Abstimmungen über die Fortdauer des Sozialistengesetzes in den achtzig Jahren des vorigen Jahrhunderts, bei verschiedenen Verhandlungen über das preussische Wahlrecht und bei ähnlichen Anlässen, wo auch Ausnahme Gesetze zur Debatte standen, hat das Zentrum, die Partei für Wahrheit und Recht, zwar nicht etwa für diese Ausnahme Gesetze gestimmt (so dumm sind seine Führer nicht), aber immer gerade genug Mitglieder abkommandiert, um die Aufhebung der Ausnahme Gesetze zu verhindern und das Weiterbestehen damit zu sichern. Dieses Sündenregister anzuhören mußte für das Zentrum gerade in diesem Augenblicke doppelt peinlich sein, weil man ja nicht wissen kann, ob nicht schon in kurzer Zeit eine Auflösung des Reichstages erfolgt. Wir weisen schon unläufig darauf hin, daß die kommende Wählerlage und ihre finanzielle Bedeutung Schwierigkeiten über Schwierigkeiten in sich bergen, aus denen die Regierung vielleicht durch eine Auflösung einen Ausweg zu finden hofft. Etwas Gewisses weiß natürlich zurzeit niemand. Um so besser ist es, gerüstet zu sein.

Gerade für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft gilt diese Mahnung. Wenn die Verhandlungen auf der Tagung des Bundes der Landwirte ebenso wie die Debatten auf dem Deutschen Handelstage haben in den letzten Wochen klar bewiesen, daß die Scharfmacher im Lager der Agrarier, wie im Lager der Schlotbarone alles daran setzen, um Oberwasser zu gewinnen. Unter dem Schlagwort von dem „Schutz der Arbeitwilligen“ wüßten sie gegen die naturgemäß sich vollziehende Umwandlung unseres Arbeitsvertragsrechtes und gegen die Organisationen der Arbeiter. Es ist dafür gesorgt, daß die Bäume der Reaktionäre nicht in den Himmel wachsen. Man darf sich aber verständigerweise darüber keinen Täuschungen hingeben, daß die Vertretung der Arbeiterklasse äußerliche Anstrengungen machen muß, um gegen die bössartigen Anschläge ihrer Gegner geschützt zu sein. Die Scharfmacher verfahren nach dem Rezept: „Steter Tropfen höhlt den Stein“; sie wollen die öffentliche Meinung mit ihren Schauerreden über den Terrorismus der Organisierten solange bearbeiten, bis die nötige „Stimmung“ erzeugt ist. Wir müssen dementsprechend Gegenmaßnahmen treffen. Und das ist es notwendig, daß politische und gewerkschaftliche Organisationen sich nicht isolieren lassen, sondern auf allen ihnen überhaupt zugänglichen Gebieten ihre Rechte ebenso wie ihre Weltanschauung verfechten.

Arbeiterversicherung.

Das Verfahren einer Berufsgenossenschaft vom Reichsversicherungsamt genehmigt. Die Presse der Unternehmer führt sich von Zeit zu Zeit veranlaßt, nicht nur der Arbeiterversicherung an sich großes Lob zu spenden, sondern auch den Berufsgenossenschaften Anerkennung für humanes Vorgehen auszusprechen. So wurde neulich von der kölnischen Zeitung die Anknüpfungsbewertung genehmigt gelobt, weil sie für die Hinterbliebenen der Berufsgenossenschaft von der Reihe Lohnabzug die Renten schnell festgestellt und dabei die für die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes etwas günstigeren Vorschriften der Reichsversicherungsordnung angewendet hatte. Dabei ist die schnelle Festlegung der Renten gesetzliche Pflicht der Berufsgenossenschaft und zur Anwendung der günstigeren Vorschriften der Reichsversicherungsordnung hätte sie im Prozeßwege gezwungen werden können. Die günstigeren Bestimmungen müssen angewendet werden, wenn die erste Festlegung der Rente am 1. Januar 1913 noch nicht rechtskräftig ist, und das konnte am 1. Januar noch nicht der Fall sein. Die Fälle, in denen die Berufsgenossenschaften in nicht zu billiger Weise gegen die Verletzten vorgehen, sind aber leider viel häufiger als die anderen. So wollte die Nordwestliche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft aus einem Fehler, den sie begangen hatte, Vorteile für sich ziehen. Sie hatte einem Monteur für einen Unfall aus dem Jahre 1907 Rente zu zahlen, die 1911 gekürzt werden sollte. Den Beschädigten die Kürzung ansprach, bezeichnete das für die Berufung zuständige Schiedsgericht für falsch. Der Berufsgenossenschaft blieb also nichts übrig, als den Beschädigten zurückzugeben und einen neuen zu erteilen. Der konnte aber nach gesetzlicher Vorschrift erst mit dem auf die Zustellung folgenden Monat in Wirksamkeit treten. Die Berufsgenossenschaft hätte nun also für die Zeit des fehlerhaften Beschädigten verlorene Zeit die höhere Rente bezahlen müssen. Um das zu vermeiden, griff sie zu einem eigenartigen Mittel. Die früheren Bescheide wiesen alle den gleichen Fehler auf. Dies benutzte die Genossenschaft und nahm für die ganze zurückliegende Zeit neue Rentenfeststellungen vor mit der Begründung, daß die anderen, von dem Verletzten gar nicht angeführten Bescheide wegen des Formfehlers nicht rechtskräftig geworden seien. Auf diese Weise wollte sie erreichen, daß die Rentenrückzahlung doch früher in Wirksamkeit trat, als bei Anerkennung der früheren Bescheide

möglich war. In der gegen dieses Verfahren erhobenen Berufung wurde darauf hingewiesen, daß bei seiner Anerkennung alle für den Verletzten bestehenden Garantien für Rechtsicherheit aufgehoben werden würden. Das Schiedsgericht zu Wiesbaden lösterte dann auch den Beschädigten. Damit war die Genossenschaft aber nicht zufrieden, sondern legte Rekurs zum Reichsversicherungsamt ein. Damit hatte sie aber auch kein Glück. Das Reichsversicherungsamt sprach aus, daß die Berufsgenossenschaft an ihre mit Formfehlern behafteten Bescheide gebunden sind, wenn sie eine der Rechtskraft fähige Entscheidung habe treffen wollen. Der hierauf bezügliche Passus des Urteils des Reichsversicherungsamts sagt wörtlich: „Zweifellos ist das Verfahren der Beklagten schon aus anderen Gründen nicht zu billigen. Wenn auch ein Beschädigter ohne vorgeschriebene Rechtsmittelbelehrung rechtsunwirksam ist und zum Nachteil des Verletzten nicht in Rechtskraft übergehen kann, so muß doch die Berufsgenossenschaft auch einen fehlerhaft erlassenen Beschcheid gegen sich gelten lassen, wenn sie eine der Rechtskraft und Berufungsfähige Entscheidung hat treffen wollen. (Folgen Verweisungen auf frühere Entscheidungen und auf Rundschreiben des Amtes.) Das dies aber hier der Fall war, kann nach der Fassung der Bescheide keinem Zweifel unterliegen. Die Berufsgenossenschaft konnte daher die Bescheide nicht ohne Zustimmung des Verletzten aufheben. Diese Aufhebung findet auch sachlich ihre Rechtfertigung darin, daß, wenn den Berufsgenossenschaften derartige Rechte zustehen würden, für die Verletzten eine erhebliche Rechtsunsicherheit entstehen würde. Wären die Berufsgenossenschaften berechtigt, derartige von ihr erlassene fehlerhafte Bescheide später wieder aufzuheben, so würde nicht allein die Höhe der früher festgesetzten Renten, sondern auch der Jahresarbeitsverdienst, die Feststellung der Unfallfolgen stets in der Schwebe sein und nach Jahr und Tag von den Berufsgenossenschaften geändert werden können.“ (Urteil des Reichsversicherungsamts vom 22. November 1912 I a 1972/11 11 B.)

Wann ist ein Fahrrad unpfändbar?

Der Schlosser A. in G. bei Braunschweig sollte Rechtsanwaltskosten bezahlen. Da sonst nichts zu holen war, wurde vom Rechtsanwalt das Fahrrad gepfändet. Gegen die Pfändung wurde Beschwerde beim Amtsgericht Braunschweig eingelegt und darauf hingewiesen, daß der Arbeiter circa 1/2 Stunden von seiner Wohnung bis zur Fabrik habe, mithin das Fahrrad unpfändbar sei, denn der § 811, Ziffer 5 der Zivilprozessordnung bestimmt:

„Folgende Sachen sind der Pfändung nicht unterworfen: bei Künstlern, Handverlern, gewerblichen Arbeitern und anderen Personen, welche aus Handarbeit oder sonstigen persönlichen Leistungen ihren Erwerb ziehen, die zur persönlichen Fortführung der Erwerbstätigkeit unentbehrlichen Gegenstände.“

Auch wurde angeführt, daß er von der Firma sehr häufig als Bote benutzt würde; mit seinem Rad müsse er oft von einer Arbeitsstelle schnell zur anderen fahren. Das Amtsgericht wies die Beschwerde zurück, da der Arbeiter ganz auf den Weg zu Fuß machen könne. Die Firma habe kein Recht auf sein Rad; wenn er Botengänge besorgen müsse, dann soll ihm die Firma ein Geschäftsrad zur Verfügung stellen. Gegen diese Auffassung des Amtsgerichts wurde sofortige Beschwerde beim Landgericht Braunschweig erhoben. Dieses Gericht gab das Rad mit folgender Begründung frei:

„Für den hier gegebenen Fall ist das gepfändete Fahrrad als „ein zur persönlichen Fortführung der Erwerbstätigkeit“ des Beschwerdeführers unentbehrlicher Gegenstand anzusehen und demnach gemäß § 811, Ziffer 5 der Zivilprozessordnung der Pfändung nicht unterworfen. Durch die bei der Arbeitgeberin eingeholte Auskunft ist allerdings die Behauptung des Antragstellers widerlegt, daß die Firma ihn entlassen würde, wenn er das Rad nicht zu Geschäftszwecken benutzen könne. Denn die Firma hat mitgeteilt, daß sie ihren Arbeitern keine Vorschriften zur Haltung eines Rades erteile, daß es vielmehr ihnen überlassen bleibe, Mittel und Wege zum rechtzeitigen Erreichen auf den Arbeitsplätzen zu wählen. Es mag hierbei bemerkt werden, daß die in dem Beschlusse zum Ausdruck gekommene Rechtsansicht des Amtsgerichts: Die Firma habe keinen Anspruch darauf, daß die Beschäftigten von dem Rad mit einem Rade zurückgelegt würden, und erhöhe sie ihn, so hätte sie ihm nach Geschäftsgebrauch ein Firmenrad zur Verfügung zu stellen — in dieser Allgemeinheit nicht zutreffend erscheint; denn in dem Dienstvertrage mit ihren Arbeitern könnte die Firma sehr wohl eine derartige Verpflichtung ihrer Arbeiter vereinbaren. Durch die Auskunft der Firma ist aber bewiesen, daß der Antragsteller in der eiligen Zeit bis abends spät auch wohl bis Mitternacht, auf dem Arbeitsplatze, in der Fabrik oder in anderen Konsumfabriken beschäftigt ist, und daß diese Beschäftigung bereits früh morgens beginnt. Dann kann der Antragsteller weder morgens noch abends, ganz abgesehen davon, daß seine Verdienstmöglichkeit ihm das kaum gestatten würden, die elektrische Bahn benutzen; er müßte daher den weiten Weg zu Fuß zurücklegen und würde dadurch im hohen Maße in seiner Beweglichkeit beschränkt, da er naturgemäß dann zu solchem Wege eine lange Zeit nötig hätte. Das Fahrrad verleiht ihm diesen Weg ganz erheblich und ermöglicht ihm eine längere, durchaus nötige Ruhe; es ist deshalb im vorliegenden Falle dem Antragsteller zur persönlichen Fortführung der Erwerbstätigkeit unentbehrlich.“

Aufgehobenes Urteil gegen Streikende.

Am 4. Dezember vorigen Jahres wurden bekanntlich von der Rheinheimer Strafkammer die Arbeiter Sattler, Weber, Seibel, Schöpf und Spitzberger zu entkündigten hohen Gefängnisstrafen verurteilt, weil einige Streikbrecher der Deutschen Steingutwarenfabrik in Friedrichsfeld die dort streikenden Arbeiter in händlicher Weise gereizt hätten und daraufhin mißhandelt worden waren. (Siehe Met.-Ztg. 1912, Nr. 51, Seite 411.) Gegen das Urteil hatten Sattler, Seibel und Schöpf Revision eingelegt. Diese hatte den Erfolg, daß das gesamte Urteil (auch das gegen Weber und Spitzberger) aufgehoben und zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurückverwiesen wurde.

Wir Gelben dürfen manen.

Am 15. Februar wurden von der Strafkammer zu Halle die gelben Gewerkschafter Karl Schira, Wilhelm Berger, Karl Hoffmann wegen Diebstahls zu je neun Monaten Gefängnis und der Handwerksmann Bergmann wegen Fehlführung zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Ein fünfter Mitschuldiger, Koch, hatte sich durch Selbstmord der Strafe entzogen. Koch war Lagerverwalter in der Dehneischen Maschinenfabrik und Streich hatte aus dessen Beständen wiederholt Rotguth, Messing und Kupfer fortgeschleppt in das Eisenlager Bergers. Dori wurden die Sachen in Pakete verpackt und Hoffmann brachte diese dann aus der Fabrik heraus. Dies wurde dadurch erleichtert, daß es zu Hoffmanns Obliegenheiten gehörte, nach Feierabend im Auftrage der Firma Pakete nach der Bahn zu befördern. Untermweges gestellte Bergmann sich zu ihm und erhielt dann — meistens im Weizen Kochs — die Pakete ausgereicht. Am 7. Januar erfolgte die Entdeckung und die Firma stellte einen Fehlbetrag von mindestens 4000 M. Wert fest. Koch war der Anführer gewesen. Wir hätten nun der Geschichte keine Notiz genommen, wenn der Bund und die übrigen Vertreter der „gelben Sache“ es sich nicht stets so eifrig angelegen sein ließen, Gewerkschaftsmitglieder bei jeder Gelegenheit persönlich heranzureißen.

Gelber Koalitionszwang.

Eine der ärgsten Unwahrheiten, deren sich die Wortführer der „gelben Bewegung“ schuldig machen, ist die, daß bei ihnen jeder Koalitionszwang vermieden werde. Einer solchen Willkür mag man sich nur die „Noten“ schuldig. Daß aber gerade sie am allerwenigsten Berechtigung haben, so zu reden, ist längst bekannt. Allein die auffallende Bevorzugung gelber Vereinsmitglieder bei der Verteilung verhältnismäßig guter Stellen in manchen Betrieben ist schon ein recht kräftiger indirekter Zwang. Bei dieser aber nicht so ohne weiteres möglich ist, da schaut man sich

auch nicht, zum direkten Zwang überzugehen. Dies zeigte sich auch beim Arbeitgeberverband für das Dachdecker-gewerbe von Berlin in seiner am 20. Januar abgehaltenen Versammlung. Dort referierte der Schriftführer, Herr Gregor jr., über den Verkauf des Berliner Streiks. Darauf wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Andere Gesellen als die der Freien Vereinigung dürfen auf keinen Fall eingestellt werden. Vom 1. März 1913 ab dürfen zentralorganisierte oder keiner Organisation angehörende Gesellen auf keinen Fall beschäftigt werden.“

Die „Freie Vereinigung“ ist eine gelbe Organisation. Ferner war festgestellt worden, daß etwa 400 zentralorganisierte Gesellen bei Mitgliedern des Unternehmerverbandes arbeiten. Den Letzgenannten wurde aufgetragen, die Gesellen sofort zu entlassen. Wer Gesellen brauche, solle sich an den Meisterarbeitsnachweis wenden.

Man sollte diese Leute nicht in besonders hohem Maße; sie sind nicht schlimmer als andere Unternehmer, sie sind nur ehrlicher. Sie sagen gerade heraus, was sie wollen und was sie nicht durchzuführen zögern, wenn sie — können. Man muß sich ferner aber auch vergegenwärtigen, welches Geschäft Scharfmacher, Gelbe und sonstige Gegner der Arbeiterschaft erheben würden, wenn man einen solchen unerbittlichen Terrorismus einer Gewerkschaft auch nur ein einzigmal nachweisen könnte.

Christlicher „Fortschritt“.

Die Agitatoren der verschiedenen „christlichen“ Gewerkschaften sind bekanntlich durchweg sehr mündfertige Leute — das muß ihnen der Reich lassen. Wenn das Scharfmacherwort wahr wäre, daß die Arbeiterorganisationen lediglich das Werk von Agitatoren und „Führern“ seien, so müßten eigentlich die „christlichen“ Gewerkschaften oben an stehen und ganz gewaltig fortschreiten. Die Mitgliederzahlen dieser Organisationen schreiten auch bekanntlich „fort“, indessen in umgekehrter Richtung. Während der Deutsche Metallarbeiterverband im vorigen Jahre von 513 634 Mitgliedern auf 561 985 stieg, also um 48 351 zunahm (wovon allerdings annähernd 15 000 übergetretene Mitglieder des Verbandes aller in der Schmieberei beschäftigten Personen sind), verlor der Zentrums-Metallarbeiterverband allein im zweiten und im dritten Quartal nicht weniger als 2506 Mitglieder (44 412 — 41 806). Im ersten und im vierten Quartal will er zugenommen haben, allein nach den angegebenen Zahlen reicht die Zunahme immer noch nicht aus, den Verlust zu decken. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des vorletzten Jahres 43 302, am Ende des vergangenen Jahres dagegen nur 42 263, also immerhin noch 1039 weniger. Wir haben es dabei nicht mit einer von solchen Ausnahmen zu tun, wie sie immerhin in der Arbeiterbewegung einmal vorkommen können. Auch der „christliche“ Textilarbeiterverband hat im vorigen Jahre 711 Mitglieder verloren, während der freie Textilarbeiterverband um mehr als 10 000 zunahm. Und wie es beim schwarzen Bergarbeiterverband ausfallen mag, darauf darf man ebenfalls gespannt sein. So geht es eben, wenn man keine gute Sache vertritt. Man kann im besten Falle einige Augenblickserfolge erzielen, aber damit ist es dann auch alle. Danach kann man auch das „christliche“ Geschimpfe in der Zentrums-Gewerkschaftspraxis bewerten, besonders in dem schwarzen Metallarbeiterkreis.

Vom Ausland.

Schweiz.

Internationale Arbeiterversammlungen. Der Schweizerische Bundesrat hat die Regierungen der europäischen Staaten auf neue zu einer internationalen Arbeiterversammlungen eingeladen. Diese Einladung geschah infolge von Anregungen des Bureau der Internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz. Diese schlug auch als Tagesordnung internationale Uebereinkommen vor über: 1. Verbot der industriellen Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter und 2. Festlegung einer Arbeitsdauer von höchstens zehn Stunden für in der Industrie beschäftigte Frauen und jugendliche Arbeiter.

Frankreich.

wd. Die Beschäftigung in der französischen Metallindustrie ist gegenwärtig eine sehr gute. Vor allem sind die Betriebe für Eisenbahnmateriale mit großen und langfristigen Aufträgen versehen. Ebenso günstig lauten die Nachrichten aus der gesamten Grobmetallindustrie. Die Roheisenproduktion Frankreichs ist in den letzten Jahren ständig gestiegen. Sie betrug im Jahre 1912 4 826 553 Tonnen und ist demnach im letzten Jahresdrittel um 1 435 000 Tonnen angewachsen. Die folgende Zusammenstellung bietet einen Vergleich der letzten fünf Jahre.

Jahr	1908	1909	1910	1911	1912
Tonnen	5391150	3632105	4038297	4426460	4826565

Von den 159 Hochofen befanden sich am 1. Januar 1913 131 im Betriebe gegen 125 im Januar 1912 und 114 im Januar 1911. Die Roheisenproduktion im Januar war 1910: 320 000 Tonnen, 1911: 364 000 Tonnen, 1912: 380 000 Tonnen und 1913: 420 000 Tonnen. Dies ist eine monatliche Erhöhung in drei Jahren um 100 000 Tonnen. Die tägliche Produktion stieg in den betreffenden Jahren von 12 000 Tonnen auf 14 845 Tonnen am 1. Januar 1913. In Frankreich ist man der Meinung, daß diese Steigerung noch einige Jahre andauern und pro Jahr um je eine halbe Million Tonnen ansteigen wird. Schneider in Creusot beschäftigt, im Besitz von Brien zwischen Jarvis und Droitaumont eine große Hochofenanlage mit Stahlwerk zu errichten. Der gegenwärtig größte Roheisenproduzent ist die Firma de Wendel mit einer Tagesproduktion von 1200 Tonnen. Die Stahlproduktion Frankreichs war für 1912: 4 136 943 Tonnen gegen 3 680 613 Tonnen im Jahre 1911.

In der bearbeitenden Industrie sind vor allem die Automobilfabriken als auch die Werften gut beschäftigt. Die internationale Spannung der letzten Monate hat so viel wie keine nachteilige Wirkung auf die französische Metallindustrie ausgeübt.

Aus dem gewerkschaftlichen Leben verdient der Streik der 4000 Metallarbeiter der Automobilfabrik Renault in Billancourt besondere Erwähnung. Renault ist das erste französische Werk, in dem seit einigen Jahren die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft „wissenschaftlich“ nach der amerikanischen Methode Taylor betrieben wird. Diese Einführung der „wissenschaftlichen Arbeitsmethode“ rößt glücklicherweise auf Widerstand, den weder die Firma Renault noch die organisierten Pariser Metallarbeiter vermutet hatten.

Die Arbeiterschaft der Firma Renault ist bis auf vereinzelte Ausnahmen völlig unorganisiert und geht in den Pariser Metallarbeiterkreisen den zweifelhaften Ruf einer egoistischen, zu jeden Bedingungen arbeitenden organisationsfeindlichen Masse. Daß in diesem Milieu so unerwartet ein allgemeiner Proteststreik gegen die Menschenkinder der Methode Taylor hat ausbrechen können, und daß dieser Streik nun schon über zehn Tage andauert, ist jedenfalls ein Beweis für den Sach, den die „wissenschaftliche“ Ausbeutung unter den Arbeitern hervorgerufen hat. Schon im Dezember vorigen Jahres kam es zu einem partiellen Streik der Werkzeugmaschinenarbeiter. Dieser Streik endete nach etwa zwei Tagen nach dem Bescheid der Firma, in Zukunft Maßnahmen zu treffen, die der „Chronometrage“ ihre schärften Seiten nehmen sollten. Bei diesem Versprechen ist es denn auch geblieben. Wie überall, wo nicht eine starke Organisation auf Einschaltung der vereinbarten Bedingungen drängen kann, brach auch hier der Unternehmer das gegebene Wort. Diesmal hatte er sich jedoch in seinen Berechnungen geirrt. Denn die einzelnen Entlassungen unzufriedener Arbeiter und die Beschäftigung der Methode Taylor unter den alten verfallenen Bedingungen führten nur den Groll, der sich dann am 10. Februar in spontaner Wei-

